

ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT
SOLIDARISCH, INKLUSIV, EMANZIPATORISCH





Editorial	3
Schwerpunkt: Entwicklungszusammenarbeit	
Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfen:	
Ein Thema für den Paritätischen	4
„Niemand darf zurückbleiben!“	6
Syrische Geflüchtete im Libanon:	
„Hilfe dringend notwendig.“	8
Kommentar: Fluchtursachen bekämpfen?	9
„Der Mensch hat die Pflicht den Schwächeren zu helfen“	10
Drei Fragen an Dr. Jürgen Focke von HelpAge	13
Katastrophenvorsorge: Helfen, bevor Hilfe nötig ist	14
Drei Fragen an Bodo von Borries, Verband	
Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe (VENRO)	16
Drei Fragen an Dr. Sarah Ninette Kaliga von SODI	17
Zwischen Bangen und Hoffen in Nahost	18
Unternehmensverantwortung:	
Global Denken und Handeln	20
Drei Fragen an Lukas Mall,	
Freunde der Erziehungskunst Rudolf Steiners e.V.	22
Aktion Deutschland Hilft / Netzwerk Agenda 2030	23

Sozialpolitik	
Kinderarmut: Arme Kinder abgehängt	24
Buchbesprechung: Migration und Arbeit	26
Mit Sicherheit sozial: Paritätisches Jahresgutachten	27

Verbandsrundschau	
Aktuelles aus dem Projekt #GleichImNetz	28
Digitalisierung im kaufmännischen Bereich	29
Frisch gedruckt	30
Vermischtes	31
Einkaufsvorteile / Tagung zu Schulassistenz	33
Termine, Termine, Termine	34
Aktionstage Gefängnis / Bildnachweise / Impressum	35

Nicht nur gedruckt
sondern auch unter
facebook.com/paritaet
bei Twitter unter @paritaet
bei Instagram als paritaet



Dieses Magazin kann als barrierefreie pdf-Datei im Internet heruntergeladen werden:
www.paritaet.org

Professor Dr.
Rolf Rosenbrock,
Vorsitzender des
Paritätischen
Gesamtverbands



Liebe Leserinnen und Leser,

auf nationaler und internationaler Ebene ist es die Idee und der Antrieb des Paritätischen, sich für Chancengleichheit und die Gleichwürdigkeit aller Menschen einzusetzen. So ist es auch in der Entwicklungszusammenarbeit und in der Humanitären Hilfe. Das sind Arbeitsfelder, in denen Paritätische Mitgliedsorganisationen auf vielfältige Weise aktiv sind. Sie tragen dazu bei, dass Menschen bei Naturkatastrophen, humanitären Krisen, Kriegen und Konflikten mit dem Lebensnotwendigsten versorgt werden, dass der Wiederaufbau nach Konflikten möglich wird und dass Kooperationen in der Entwicklungszusammenarbeit und Humanitären Hilfe nachhaltig funktionieren. Im Fokus des Engagements des Paritätischen und seiner Mitglieder steht die Förderung von besonders schutzbedürftigen Gruppen weltweit, die unter oft massiv schlechten Lebensbedingungen leben, indem sie Hunger leiden, ihr Lebensraum vom Klimawandel bedroht wird, oder wenn sie keinen Zugang zu sozialer Infrastruktur haben. Es gibt Menschen, die infolge kriegerischer Konflikte traumatisiert und mittellos sind, denen ihr Agrarland als Grundlage für selbstständige Nahrungsmittelversorgung genommen wird oder die auf-

grund ihres Geschlechts in ihrem Land Gewalt und Diskriminierung erfahren. Die kulturellen und materiellen Ungleichheiten zwischen den Regionen und die Praxis des Abwälzens der negativen Folgen unserer Lebensweisen auf andere, ärmere Regionen sind dabei ebenso in den Blick zu nehmen.

Der Paritätische und seine Mitglieder setzen sich sowohl als eigenständige Akteure als auch gemeinsam in entwicklungspolitischen und humanitären Netzwerken wie VENRO gegenüber der Politik dafür ein, dass weltweit Armut und Ausgrenzung bekämpft werden, jeder und jedem die Chance auf Teilhabe gegeben wird, und dass die Globalisierung sozial gerecht gestaltet wird. Das alles sind ferne Ziele, aber auch hier gilt: Auch der längste Weg beginnt mit einem ersten Schritt. Es geht darum, dass Deutschland und die EU in ihrem Handeln mehr Verantwortung für die Förderung einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung übernehmen, die nur im Einklang mit der Reduzierung sozialer Ungleichheit und der Achtung von Klimaschutzzielen realisiert werden kann. Dies zu befördern, verlangt unser aktives Einbringen in unterschiedliche Bereiche: vom Handel über

Steuerfragen, Migration, Ressourcennutzung, Katastrophenhilfe, sozial verträglichem Klimaschutz bis hin zur Ernährung.

In der aktuellen Ausgabe des Verbandsmagazins möchten wir die praktische Arbeit des Paritätischen und seiner Mitglieder in der Humanitären Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit vorstellen. Konkret geben wir einen Einblick in die Tätigkeiten unserer Mitglieder zur Unterstützung von Einsätzen bei der Suche nach vermissten und verschütteten Personen, der Notfallpädagogik und der Zusammenarbeit mit traumatisierten Kindern, der Qualifizierung und Betreuung von medizinischen Teams in Krisengebieten sowie der humanitären Hilfe in der Wasser- und Hygieneversorgung u.v.m. geben. Dazu stellen wir unsere politischen Aktivitäten und Netzwerke in den Bereichen vor.

Herzlich, Ihr



Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfen: Thema für den Paritätischen

In den Grundsätzen der Paritätischen Verbandspolitik heißt es: „Der Paritätische ist der Idee sozialer Gerechtigkeit verpflichtet, verstanden als das Recht eines jeden Menschen auf gleiche Chancen zur Verwirklichung seines Lebens in Würde und der Entfaltung seiner Persönlichkeit.“ Der Paritätische hat es sich damit zum Ziel gesetzt, für die volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben zu streiten.

Hierbei beschränkt sich das Engagement des Verbandes und seiner Mitgliedsorganisationen nicht nur auf Deutschland. Zahlreiche Paritätische Organisationen engagieren sich mit nachhaltigen Projekten im Bereich der Katastrophenvorsorge, Humanitären Hilfe, Übergangshilfe sowie in der Entwicklungszusammenarbeit auch in verschiedenen Ländern außerhalb Deutschlands. Sie unterstützen Menschen, die von kriegerischen Auseinandersetzungen und Naturkatastrophen betroffen sind, mit elementaren Hilfsgütern wie Wasser und Lebensmitteln oder durch medizinische und psycho-soziale Hilfsmaßnahmen. Durch Kapazitätsauf- und -ausbau setzen sie sich für Menschen ein, die in Risikogebieten für Naturkatastrophen leben und tragen dazu bei, die Bevölkerung besser auf Wirbelstürme, Erdbeben oder Dürren vorzubereiten und ihre Widerstandsfähigkeit zu stärken. Im Rahmen zahlreicher Projekte werden darüber hinaus auch notwendige Übergänge zwischen kurzfristigen Hilfsleistungen der Humanitären Hilfe mit weiterführenden Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit, die mittel- und langfristig auf die Verbesserung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Lebensumstände der Bevölkerung abzielt, geschaffen. Für viele Paritätische Mitgliedsorganisationen ist dabei die Zusammenarbeit mit lokalen Initiativen und Strukturen

vor Ort zentral. Die Vielfalt der Einsatzbereiche der Paritätische Mitgliedsorganisationen lässt sich u.a. bei den zehn Paritätischen Organisationen, die der Paritätische Gesamtverband bei Aktion Deutschland Hilft e.V. vertritt, deutlich beobachten.

Aktive Mitgliedsorganisationen

Das Tätigkeitsfeld Paritätischer Mitgliedsorganisationen geht dabei auch oftmals über die reine Projektarbeit hinaus. Im Rahmen von Stellungnahmen, Veranstaltungen oder Veröffentlichungen bringen sich viele unserer Mitgliedsorganisationen aktiv in politische Diskurse und Debatten ein und schaffen damit Öffentlichkeit. Sie machen u.a. auf vergessene Krisen, Interdependenzen zwischen dem Handeln des globalen Nordens und den Auswirkungen im globalen Süden oder auf Menschenrechtsverletzungen aufmerksam.

Um der Breite der Aktivitäten der Paritätischen Mitgliedsorganisationen in den o.g. Bereichen Rechnung zu tragen und sie in ihrer politischen Arbeit besser unterstützen zu können, hat der Paritätische Ende letzten Jahres erstmalig eine Grundsatzpositionierung in diesem Themenfeld auf den Weg gebracht: „Solidarisch, inklusiv, emanzipatorisch – Paritätische Grundsätze einer umfassenden Entwicklungszusammenarbeit“. Wie in dem Grundsatzpapier festgehalten wird, muss Entwicklungszusammenarbeit für den Paritätischen menschenrechtsbasiert sein und auf eine solidarisch-gerechte Partnerschaft von Staaten und Gesellschaften setzen. Sie muss dies mit dem Anspruch einer fairen Chance auf Entwicklung tun und darf sich nicht von Interessen in der Sicherheits-, Außen- oder Migrationspolitik instrumentalisieren lassen. Entwicklungszusammenarbeit muss emanzipatorisch sein und die Menschen vor Ort befähigen und darin unterstützen, für ihr Wohlergehen zu sorgen. Dabei steht

der Einsatz für benachteiligte Gruppen für den Paritätischen im Vordergrund. In dem Positionspapier identifiziert der Paritätische in verschiedenen Bereichen Handlungsbedarfe, aus denen sich grundsätzliche Forderungen zur Armuts- und Hungerbekämpfung, dem Klimaschutz, zum Ausbau der Daseinsvorsorge, sozialen Infrastruktur und den sozialen Sicherungssystemen sowie im Bereich Geschlechtergerechtigkeit ergeben. Dabei erkennt der Paritätische an, dass eine Verbesserung der Lebensbedingungen aller Menschen weltweit nur dann erreicht werden kann, wenn dieses Ziel als politische Querschnittsaufgabe begriffen und verankert wird und alle Regionen der Welt in den Blick genommen werden. In diesem Zusammenhang muss sich auch der globale Norden mit den Fragen auseinandersetzen: Welche Auswirkungen haben unsere Politiken und unser Handeln, sei es bei der Gestaltung von Handlungsbeziehungen oder der Gewinnung von Rohstoffen für moderne Technologien, auf die Lebensbedingungen im globalen Süden? Und: Wie müssen wir unsere Politiken und unser Handeln anpassen, um zu einer globalen gerechten und nachhaltigen Entwicklung beizutragen?

Hunger und Armut beseitigen, menschenwürdige Arbeitsbedingungen

Damit greift das Paritätische Grundsatzpapier auch die Agenda 2030 der Vereinten Nationen und ihre nachhaltigen Entwicklungsziele auf. Mit der Verabschiedung der Agenda 2030 und ihren 17 Nachhaltigkeitszielen im September 2015 hat sich die internationale Staatengemeinschaft u.a. dazu verpflichtet, bis 2030 den Hunger zu beenden und Ernährungssicherheit zu schaffen, extreme Armut zu beseitigen und menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu schaffen. Die Agenda 2030 bildet damit für alle Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen einen übergeordneten Orientierungs-



rahmen für globale nachhaltige Entwicklung. Sie bekräftigt, dass globale Herausforderungen sich nur gemeinsam lösen lassen. Die Universalität der Agenda drückt sich auch darin aus, dass wirtschaftliche, soziale und ökologische Fragen gemeinsam gedacht werden sollen. Die Agenda verfolgt damit einen transformativen und gesellschaftspolitischen Auftrag, der sich auch in der Prämisse der Agenda 2030 „Niemanden zurücklassen“ ausdrückt.

So fortschrittlich die Agenda 2030 auf dem Papier auch ist – von der Erreichung der globalen Nachhaltigkeitsziele bis 2030 sind wir noch weit entfernt. Hier braucht es stärkere Anstrengungen der Bundesregierung, die Agenda 2030 tatsächlich in allen Politikbereichen als Leitbild zu etablieren und mit höchster Priorität umzusetzen. Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie, also die nationale Strategie zur Umsetzung der Agenda 2030, muss ambitionierter werden und die globa-

len Dimensionen stärker in den Fokus nehmen.

Starke Partner beim Paritätischen

Umso wichtiger ist eine aktive Zivilgesellschaft, die auf Handlungsbedarfe bei der Umsetzung der Agenda 2030 in, durch und mit Deutschland aufmerksam macht. Die Umsetzung der Agenda 2030 begleitet der Paritätische Gesamtverband kritisch im Rahmen des „Netzwerks Agenda 2030“. Das Netzwerk wird vom Forum Umwelt und Entwicklung und VENRO (Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe) koordiniert. Ihm gehören rund 25 zivilgesellschaftliche Verbände und Netzwerke, u.a. aus den Bereichen Umwelt, Entwicklung, Soziales und Menschenrechte, an. Durch gemeinsame Positionierungen, Veranstaltungen und Veröffentlichungen bringt sich das Netzwerk zur Umsetzung der Agenda 2030 kritisch in den politischen Diskurs ein.

Neben der Begleitung der Paritätischen Mitgliedsorganisationen bei Aktion

Deutschland Hilft e.V. und der Netzwerkarbeit im „Netzwerk Agenda 2030“ wird sich der Paritätische Gesamtverband in Zukunft mit einzelnen Themenbereichen, die bereits im Grundsatzpapier aufgenommen worden sind, beschäftigen. Aktuell erfolgt v.a. eine Auseinandersetzung mit dem Themenfeld „Migration und Entwicklung/ Entwicklungszusammenarbeit“. Gleichzeitig stellt sich auch für den Paritätischen und seine Mitgliedsorganisationen die Frage, wie das Thema Nachhaltigkeit in den eigenen Strukturen und Abläufen verankert werden kann.



Marta Bociak ist Referentin für Humanitäre Auslandshilfe und Internationale Kooperation beim Paritätischen Gesamtverband.

„Niemand darf zurückbleiben!“

Die traditionelle Humanitäre Hilfe und die Entwicklungszusammenarbeit wollen aufholen. Ihre Hilfsleistungen, Unterstützungen und Projekte müssen für alle Menschen – ob mit oder ohne Behinderung – barrierefrei umgesetzt werden



Geflüchtete bei einem Sitzballturnier (Volleyball in sitzender Position).

Zahlen, die erschrecken und aufrütteln: Das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung (HIK) zählte 2017 insgesamt 36 innerstaatliche Kriege, 186 gewaltsame Krisen und 11 zwischenstaatliche Konflikte auf fünf von sieben Kontinenten. Die Zahl der Menschen, die weltweit vor Krieg, Konflikten und Verfolgung fliehen, war noch nie so hoch wie heute. Ende 2018 haben 68,5 Millionen Menschen unfreiwillig ihre Heimat verlassen. 15 bis 20 Prozent der Geflüchteten, so Schätzungen von Expertinnen und Experten, sind Menschen mit Behinderungen – sichtbare oder unsichtbare. Valides und zuverlässiges Datenmaterial zur Anzahl der Menschen mit Fluchterfahrung und mit Behinderungen stehen oft nicht zur Verfügung.

Aber es ist bekannt, dass Menschen aufgrund verschiedenster Beeinträchtigungen auch in Friedenszeiten aus vielen Lebensbereichen ausgeschlossen werden und gravierende Menschenrechtsverletzungen und Diskriminierungen erleben. In akuten Notsituationen – nach einer Naturkatastrophe, während gewaltsamer Auseinandersetzungen und auf der Flucht – ist für sie der Zugang zu medizinischer Versorgung und anderen überlebenswichtigen Nothilfemaßnahmen erschwert oder gar nicht vorhanden. „Es ist wichtig, dass Humanitäre Hilfe in-

klusiv umgesetzt wird. Und zwar Tag für Tag, in Flüchtlingslagern, in gefährdeten Gebieten, bei Krisen und Katastrophen“, betont Haakon Spriewald. Er ist für Handicap International Deutschland (HI) tätig und koordiniert von Berlin aus das durch das Auswärtige Amt finanzierte Projekt *Leave no one behind!* (dt.: Niemand darf zurückbleiben!). Es wurde 2016 in Kooperation mit der Christoffel Blindenmission e.V. (CBM) gestartet. Seit September 2018 und bis 2021 wird der zweite Projektzyklus durchgeführt und durch das Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht (IFHV) wissenschaftlich begleitet.

Leave no one behind!

Deutschland hat wie 172 andere Nationen die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) ratifiziert und sich verpflichtet, auch für staatlich geförderte Humanitäre Hilfe und die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) menschenrechtsbasierte Inklusionsstrategien zu entwickeln. *Leave no one behind!* ist dafür ein wichtiger Mosaikstein: Im Rahmen des Projekts werden Mitarbeitende von NGOs sowie aus staatlichen Entscheidungs- und Verwaltungsstrukturen für das Thema Behinderung und Inklusion sensibilisiert und fortgebildet. „Alle Akteurinnen und Akteure in diesem Bereich sollten wissen, wie Menschen mit Be-

hinderung von Nothilfemaßnahmen nicht ausgeschlossen sind. Ihr Knowhow muss an Partner vor Ort fließen und in eine inklusive Praxis überführt werden“, erklärt Spriewald.

„Traditionell richten sich die Dienstleistungen der Nothilfe an eine durchschnittliche Bevölkerung. Sie ist im Allgemeinen gesund bzw. hat keine Behinderung“, erklärt Eileen Schuldt, Teamleiterin für Institutionelles Fundraising bei Handicap International. So würden dann eine Notklinik oder Sanitäreinrichtungen nicht mit Rampen für Rollstuhlfahrer ausgestattet, überlebenswichtige Informationen nicht für seh- oder hörbeeinträchtigte Menschen aufbereitet oder Eltern chronisch kranker Kinder zu wenig unterstützt. „Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen müssen aber barrierefrei alle Dienstleistungen der Nothilfe wahrnehmen können“, formuliert Schuldt. „Oft höre ich von Seminarteilnehmern, ‚ich habe bis jetzt gedacht, Inklusion sei sehr kompliziert. Aber es ist gar nicht so schwierig, inklusiv zu handeln‘“, schildert Haakon Spriewald. Eileen Schuldt ist froh, dass durch die UN-BRK selbstverständlicher geworden sei, dass die Rechte dieser heterogenen gesellschaftlichen Gruppe eingelöst, dass für sie Teilhabe und Selbstbestimmung ermöglicht werden müssten. Die UN-BRK habe einen Paradigmenwechsel auf lokaler, nationa-

ler und internationaler Ebene eingeleitet. „Aber es bleibt noch viel zu tun“, betont sie. Wichtig sei, dass durch die Behindertenrechtskonvention eine inklusive Humanitäre Hilfe keinen Charity-Charakter mehr transportiere, sondern einen Rechtscharakter habe und als Menschenrecht verstanden werden müsse.

Sitzvolleyball für alle

Ein weiteres Instrument ist, die Selbstvertretungsstrukturen von Menschen mit Behinderung vor Ort dabei zu unterstützen, ihre Interessen durchzusetzen, ihre Rechte wahrzunehmen und aktiv dafür zu werben, dass Menschen mit Beeinträchtigungen mehr Wertschätzung in ihrem Sozialraum erleben. Ein Beispiel aus Ruanda: Hier veranstaltet HI im Rahmen seiner Aktivitäten in sieben Flüchtlingscamps Sportevents, bei denen Mannschaften mit und ohne Behinderungen unter gleichen Voraussetzungen teilnehmen. Ob gehbeeinträchtigt oder nicht, beim ‚Sitzvolleyball‘ kann jeder sich mit jeder messen. „Wir versuchen alle Freizeitangebote in den Camps so barrierefrei zu gestalten, dass keiner zurückbleibt“, erklärt Eileen Schuldt.

Für die Expertin ist das Thema Inklusion in der Humanitären Hilfe umso dringlicher, da diese zunehmend nicht nur kurzfristig nach einer Naturkatastrophe wie in Haiti oder Mosambik Leben retten und schützen müsse, sondern längst über Jahre hinweg in unterschiedlichen Ländern für die lokale Bevölkerung, für Geflüchtete aktiv werde. „In Zukunft wird es notwendig, dass sich Humanitäre Hilfe und EZ annähern, Synergien entwickeln und zunehmend miteinander kooperieren“, denkt Schuldt und betont, wie wichtig es sei, vor und während der Implementierung eines Projekts oder einer Maßnahme, Analysen von Barrieren und unterstützenden Faktoren durchzuführen. „Es müssen alle Hürden identifiziert werden, ob institutionell, einstellungs- oder umweltbedingt, die dazu führen, dass Menschen behindert werden, Hilfsangebote wahrzunehmen und umgekehrt, was sie befähigt, an allen Maßnahmen teilzuhaben.“ Auf diese Weise wurde u.a. für

Haiti eine Katastrophenvorsorge konzeptualisiert, mit der im Notfall tatsächlich alle Inselbewohnerinnen und -bewohner gewarnt und geschützt werden können.

„Kein Mensch darf mehr von der Gesellschaft behindert werden!“

„Noch sind dicke Bretter weltweit zu bohren“, kommentiert Eileen Schuldt den Stand der Umsetzung der UN-BRK in der Humanitären Hilfe. Aber sie und ihr Kollege sind stolz auf Etappensiege: Seit 2016 haben Mitarbeitende von 23 Organisationen an Trainings und Schulungen zur inklusiven Nothilfe von HI und CBM teilgenommen. Das Deutsche Rote Kreuz hat eine AG zur Inklusion in der Humanitären Hilfe initiiert, und staatliche Akteure wie das Auswärtige Amt, die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), das Technische Hilfswerk (THW) oder das Bundesministerium für Entwicklungszusammenarbeit (BMZ), fragen die Expertise von HI an.

Mit großer Spannung erwarten beide, dass noch 2019 eine UN-Handreichung zur inklusiven Humanitären Hilfe mehrsprachig einschließlich in Leichter Sprache veröffentlicht und weltweit verbreitet wird. Sie wurde über zweieinhalb Jahre lang in fünf Weltregionen gemeinschaftlich erarbeitet, koordiniert durch eine rund 70 köpfige Taskgruppe, an der HI beteiligt war. An dem Entwicklungsprozess nahmen mehr als 600 Selbstvertretungsorganisationen von Menschen mit Behinderungen, Nicht-Regierungsorganisationen sowie staatliche und UN Akteure teil. „Kein Mensch darf mehr von der Gesellschaft oder Umwelt behindert werden“, fordert Experte Spriewald. „Nicht in der Humanitären Hilfe, in der EZ oder in der Flüchtlingshilfe hier in Deutschland.“



Kinder in der „Ideenbox“, einer Art Jugendzentrum im Mahama Camp.

Infokasten

Humanity & Inclusion – heute Handicap International – wurde 1982 von französischen Ärzten gegründet, die ab 1975 in Kambodscha Minenopfer in Flüchtlingslagern versorgten. Gemeinsam mit fünf anderen Nichtregierungsorganisationen konnte Humanity & Inclusion mittels einer internationalen Kampagne das Verbot von Landminen durchsetzen und engagierte sich erfolgreich für ein Verbot von Streubomben.

2016 hat HI daran mitgewirkt, die Charta zur Inklusion in der Humanitären Hilfe zu erarbeiten, die von rund 200 Akteuren unterzeichnet wurde: darunter 25 Staaten, die EU, mehrere UN- und humanitäre Organisationen sowie zahlreiche Behindertenselbstvertretungen. Die Charta definiert, dass alle Maßnahmen der Nothilfe wirklich alle Menschen erreichen müssen und sie in die Katastrophenvorsorge miteinbezogen werden.

HI ist mit seinem vielfältigen Engagement punktuell in humanitären Notsituationen als auch dauerhaft in der EZ in 60 Ländern mit rund 380 Projekten präsent und unterhält circa 2.000 lokale, nationale und internationale Partnerschaften.

Handicap International Deutschland hat in München und in Berlin eine Geschäftsstelle.

Weitere Infos unter:
handicap-international.de

Verena Mörath

Syrische Geflüchtete im Libanon: „Hilfe dringend notwendig.“ Ein Projektbericht

Anfang Mai 2019 führte das Kinderhilfswerk Global-Care eine Projektsteuerungsreise in den Libanon durch, die der Paritätische Gesamtverband begleiten durfte. Im Rahmen der Reise erfolgte ein enger Austausch mit dem lokalen Projektpartner in Beirut. Durch den Besuch des unterstützenden Unterrichts und dem Schneiderkurs bekamen wir Einblick in die einzelnen Projektmaßnahmen. Die Teilnahme an einer Verteilung ermöglichte uns viele Kontakte und Gespräche mit den geflüchteten Familien. Zwei Familien luden uns zu einem intensiven Austausch in ihre Wohnung ein. Sie berichteten von ihrer Lebenssituation und den Umständen ihrer Flucht und wir bekamen so eine Ahnung von der angespannten Situation, in der sie leben.



Nach Angaben der Vereinten Nationen sind seit Ausbruch des Bürgerkrieges in Syrien im Jahr 2011 etwa 13 Millionen Syrer*innen aus ihrer Heimat geflohen. Die überwiegende Mehrheit der Geflüchteten, die Syrien verlassen haben, suchte dabei Zuflucht in einem der Nachbarländer.

Gemessen an der Einwohnerzahl im Libanon lebt hier die mit Abstand größte Zahl syrischer Geflüchteter: rund eine Million syrische Geflüchtete sind aktuell durch UNHCR registriert. Die libanesische Regierung geht insgesamt von über 1,5 Millionen Syrer*innen im Libanon aus. Viele Syrer*innen im Land leben in sehr prekären sozio-öko-

nomischen Verhältnissen. Die Mehrheit der syrischen Geflüchteten besitzt keine nach libanesischem Recht gültige Aufenthaltserlaubnis. Dieses versperrt ihnen jedoch den Zugang zum offiziellen und – für syrische Geflüchtete mit Aufenthaltserlaubnis bereits schon jetzt stark eingeschränkten – Arbeitsmarkt. Nach Angaben von UNHCR leben 68 Prozent der Geflüchteten im Libanon unterhalb der Armutsgrenze. Um das tägliche Überleben zu sichern, verschulden sich viele syrische Haushalte im Libanon, und die Gefahr, in ausbeuterische Arbeitsverhältnisse zu geraten steigt.

Seit Ende 2012 unterstützt die Paritätische Mitgliedsorganisation Kinderhilfswerk Global-Care in Kooperation mit einer lokalen Partnerorganisation syrische Familien im Libanon. Die geleistete Unterstützung wurde auf die Bedürfnisse der Geflüchteten abgestimmt. In den letzten Jahren wurde durch die Verteilung von Kleidung, Nahrungsmitteln, Babynahrung und Hygieneartikeln eine Grundversorgung für zeitweise 450 Flüchtlingsfamilien sichergestellt. Viele Kinder haben mit ihren Familien bedrohliche Gewalterfahrungen erleben müssen. Deshalb werden die Familien auch auf psy-

chosozialer Ebene durch Familienbesuche und Austauschtreffen unterstützt. Seit 2018 werden Kurse in der Textilverarbeitung angeboten. Verschiedene Veranstaltungen und Feste ermöglichen den Kindern und Familien unbeschwerte Momente.

Für die syrischen Kinder wird ein Nachhilfeprogramm in den Unterrichtsfächern Arabisch, Englisch und Mathematik angeboten. An den öffentlichen Schulen im Libanon wird zwar Unterricht für syrische Kinder am Nachmittag bereitgestellt, nach Angaben von verschiedenen UN-Einrichtungen besuchen jedoch nur knapp 70 Prozent aller syrischen Kinder im Libanon tatsächlich die Schule. Vor allem die großen Schulklassen mit bis zu 50 Kindern machen es den Kindern schwer, dem Unterricht zu folgen. Auch erschweren Sprachschwierigkeiten – der Unterricht an libanesischen Schulen erfolgt zumeist auf Englisch oder Französisch – und Unterschiede zwischen dem syrischen und libanesischen Unterrichtscurriculum das Lernen.

Abschließend können wir sagen, dass uns die gewonnenen Eindrücke verdeutlicht haben, dass hier auch weiterhin Hilfe und Unterstützung dringend notwendig ist.

Ein Bericht von Marta Bociak
(Paritätischer Gesamtverband)
und Birgit Kuhley
(Kinderhilfswerk Stiftung Global-Care)



Kommentar

Fluchtursachen bekämpfen?

„Fluchtursachen bekämpfen“ lautet das neue Paradigma der politischen Debatten seit 2015. Darin scheinen sich die meisten Politiker*innen einig zu sein, aber was genau sie darunter verstehen und wie Fluchtursachen tatsächlich bekämpft werden können, darüber gehen die Meinungen weit auseinander. Es wird allgemein anerkannt, dass neben Krieg und Verfolgung die Ursachen auch in der Armut und Perspektivlosigkeit vieler Länder dieser Welt liegen. Doch schaut man genauer hin, wird deutlich, dass die politisch Verantwortlichen in Europa vor allem eines tun: Flüchtende bekämpfen.

Kein Zufall, denn die Fluchtgründe liegen nur allzu oft auch in der dominierenden Wirtschafts- und Produktionsweise sowie in unseren Konsummustern, der imperialen Lebensweise selbst, begründet. Sie tatsächlich zu „bekämpfen“, liegt den meisten Apologeten der „Fluchtursachenbekämpfung“ fern.

Aus ihrer Sicht soll die „Bekämpfung von Fluchtursachen“ v.a. verhindern helfen, dass Geflüchtete nach Europa gelangen – und sie soll außerhalb Europas stattfinden. Um dies zu gewährleisten, wurde seit 2005 verstärkt begonnen, die europäischen Außengrenzen abzuschotten und vorzuverlagern. Beim EU-Afrika-Gipfel 2015 in Valletta wurde „Fluchtursachenbekämpfung“ als gemeinsame Strategie verabschiedet. Der dort beschlossene „Notfall-Treuhandfonds“ wurde mit 4,1 Mrd Euro ausgestattet, mit dem EU-Türkei-Deal kommen 6 Mrd Euro hinzu. Alleine die Bundesregierung plant in den Jahren 2018 und 2019 jeweils rund 6,9 Mrd Euro für die Minderung von Fluchtursachen einzusetzen. Der Schwerpunkt der Entwicklungszusammenarbeit liege dabei auf der „kurz-, mittel- und langfristigen Minderung von strukturellen Ursachen von Flucht, der Schaffung von Lebens- und Bleibperspektiven und der Unterstützung dauerhafter Lösungen für Flüchtlinge“. Das klingt erst einmal gut. Eine von Abgeordneten geforderte Auflistung konkreter Projekte stuft die Bundesregierung als „Verschlussache“ ein. Der Grund hierfür dürfte auf der Hand liegen: Es handelt sich bei der „Fluchtursachenbekämpfung“ weniger um ein schlüssiges Konzept zur Überwindung der strukturellen Ursachen von Flucht, sondern um den Ver-

such mit einem bunten Strauß von punktuellen Maßnahmen der Ausbildungs- und Beschäftigungsförderung, Regierungsberatung, privatwirtschaftlichen Investitionsinitiativen, bi- und multilateralen Kooperationen im Grenzschutz, der Polizeiarbeit und der Ausstattungshilfe. Dies reicht bis zur Förderung repressiver und entwicklungsfeindlicher Maßnahmen zur Einschränkung von Mobilität in den Herkunfts- und Transitregionen. Auch Rückkehrförderung wird unter „Fluchtursachenbekämpfung“ subsummiert, um Handlungsfähigkeit unter Beweis zu stellen. Der weit größte Anteil der Mittel, die für „Fluchtursachenbekämpfung“ verausgabt werden, fließt jedoch in die Förderung der Aufnahmekapazitäten von Nachbar- oder Transitländern in Konfliktregionen, um die fern zu halten, die einen Anspruch auf Asyl hätten.

Die strukturellen Ursachen von Flucht verortet die Bundesregierung vorwiegend in den Herkunftsländern selbst: „schlechte Regierungsführung, Korruption, Diskriminierung, starkes Bevölkerungswachstum“. Inwiefern Ansatzpunkte zur Bekämpfung der ebenfalls identifizierten strukturellen Fluchtursachen „Folgen des Klimawandels, Ernährungsunsicherheit oder schlechte wirtschaftliche Rahmenbedingungen“ im globalen Norden gesehen werden, bleibt in der „Fluchtursachenbekämpfung“ offen.

Die tatsächlichen Ursachen von Flucht und Vertreibung verweisen auf globale Ungleichheitsstrukturen, welche die Zonen des Elends, der Perspektivlosigkeit und kriegerische Verwüstungen oft erst hervorbringen. Eine Politik, die diese Zusammenhänge ignoriert, bleibt reine Symbolpolitik,

die auf innenpolitische Mehrheiten abzielt.

Dabei gilt es nicht zu leugnen, dass schlechte Regierungsführung, Korruption und Diskriminierung in den Herkunftsländern reale Herausforderungen sind. Sie werden jedoch durch eine Politik der Zusammenarbeit mit repressiven und korrupten Regimen v.a. auch im Rahmen der „Fluchtursachenbekämpfung“ gefördert, sowohl durch eine Versicherheitlichung von Migrations- und Entwicklungspolitik als auch durch Deals mit autoritären Regimen zur Migrationsabwehr. Die darin geforderte Einschränkung der Mobilität führt nicht selten zur Legitimation weiterer Diskriminierung und Unterdrückung, vielfach auch derer die für eine Stärkung von Demokratie und Menschenrechten eintreten, wie aktuell in der Türkei, im Niger, Tschad oder in Marokko zu beobachten ist. Die Kooperationsbereitschaft vieler Regierungen in der „Fluchtursachenbekämpfung“ sichert sie sich, indem bei Menschenrechtsverletzungen weggeschaut und den Ausverkauf der eigenen Werte und Prinzipien in Kauf genommen wird.

Umso bedeutsamer ist es, zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich in Transit- und Herkunftsstaaten für die Rechte von Flüchtenden engagieren, zu unterstützen. Ihre Rolle als kritische Beobachter der Wirkungen europäischer „Fluchtursachenbekämpfung“ – auch auf die politische Verfasstheit ihrer Länder - gilt es zu stärken. Dafür setzt sich medico mit seinen Partnern ein.



Sabine Eckart
(Medico international)

medico.de

„Der Mensch hat die Pflicht den Schwächeren zu helfen“

Umgeben von schwerer Armut und großer Not, Naturkatastrophen und Kriegen sind sie im Einsatz: ehrenamtliche Mediziner*innen in Krisengebieten. Um anderen Menschen zu helfen, gehen sie bis an ihre Grenzen und darüber hinaus.

„Ich habe einem Kind im Kongo eine 6 Kilogramm schwere Milz entfernt“, erinnert sich Dr. Theophylaktos Emmanouilidis. „Am nächsten Tag kam die Mutter des Kindes und bedankte sich bei mir mit einer Avocado. Sie war so dankbar. Da kamen mir die Tränen.“

Es sind diese Momente, die Dr. Emmanouilidis und die vielen anderen ehrenamtlichen medizinischen Helfer*innen die Kraft geben, sich immer wieder aufs Neue in Krisengebiete zu begeben, um das Leid anderer Menschen zu lindern.

Dr. Emmanouilidis sieht das ganz praktisch. „Ich bin Arzt. Es ist meine Pflicht, schwächeren und kranken Menschen zu helfen.“ Der Vorsitzende des Hammer Forums ist seit 1993 ehrenamtlich bei der Hilfsorganisation aktiv. Seit er in Rente ist, seit 2004, arbeitet der inzwischen 80-jährige Chirurg noch mehr, als zu seiner Zeit als Chefarzt. „Es ist ein Full-time Job. Wir arbeiten von morgens früh, bis abends spät, um so vielen Kindern wie möglich zu helfen.“ Mehr als 200 Einsätze hat der Allgemein- und Kinderchirurg für das Hammer Forum hinter sich.

Das Hammer Forum ist eine Hilfsorganisation, die sich seit 1991 um die medizinische Versorgung von Kindern in Krisengebieten kümmert. Die medizinischen Teams in den Kliniken der Einsatzländer machen sich nicht nur die Versorgung der Kinder zur Aufgabe, sondern auch die Aus- und Fortbildung einheimischer Ärzte und Pfleger*innen. Kinder, die in ihrem Heimatland nicht behandelt werden



Alles wird gut: Dr. Emmanouilidis hat eine kleine Patientin in Bukina Faso behandelt

können, werden nach Deutschland geflogen und dort operiert.

Als eine Kombination aus dem Wunsch zu helfen und dem Hang zum Abenteuer beschreibt Klaudia Nussbaumer ihre Motivation, ehrenamtlich in Krisengebieten medizinisch tätig zu sein. „Ich komme in Länder, die ich sonst nie gesehen hätte“, sagt die frisch gebackene Rentnerin. Zuletzt war die gelernte Kinderkranken- und OP-Fachschwester im Mai für das Hammer Forum im Kongo. Und auch dieser Einsatz im Hôpital Général in Kikwit, einer Stadt etwa 550 Kilometer östlich der Hauptstadt Kinshasa, war alles andere als leicht.

Schwierige Arbeitsbedingungen

„Als ich das erste Mal in den OP-Trakt kam, schoss mir ein fürchterlicher Gestank nach Urin entgegen“, erinnert sich Nussbaumer und beschreibt die Zustände im OP und auf den Stationen: „Die Sterilisatoren funktionierten nicht immer, es gab wenig bis gar keine Instrumente für Operati-

onen, kein Nahtmaterial, nicht mal Verbandstoffe.“ Die Stationen seien überfüllt gewesen, da Patienten nicht entlassen werden, bevor sie ihre Rechnung begleichen. Eine Krankenversicherung gibt es im Kongo nicht.

„Ich hätte gedacht, das Projekt im Krankenhaus wäre schon weiter“, sagt Nussbaumer. Das Hammer Forum setzt sich seit vielen Jahren für die Renovierung und Sanierung aller Klinikbereiche und die Schulung des medizinischen Personals vor Ort ein. Nach 5 bis 10 Jahren zieht sich das Hammer Forum in der Regel aus Projekten zurück und übergibt die Arbeit vollständig in die Hände des einheimischen Personals. Ständig wechselnde Gesundheitsminister und Krankenhausleitungen würden die Prozesse im Kongo erschweren. „Oftmals sind die Krankenhaushäuser auch keine Ärzte, sondern politisch besetzt“, so Nussbaumer. Das weiß auch Dr. Emmanouilidis zu berichten: „Das Personal im Krankenhaus wird immer wieder abgezogen, seit 2007 hat es neun Kran-

kenhausdirektoren gegeben, es gibt einfach keine feste Mannschaft.“ Viele würden die medizinische Basis nicht beherrschen. „Das ist für uns sehr belastend. Wir können nicht einfach gehen, dann würden wir die Kinder im Stich lassen.“

Vor Ort in Katastrophen- und Entwicklungsgebieten

Die Schwierigkeit, langfristig eine gute Infrastruktur aufzubauen, ohne zu sehr mit Entwicklungshilfe einzugreifen, kennt auch Dr. Andreas Hettel. Der Chefarzt der Anästhesie und Intensivmedizin im Asklepios Klinikum in Schwalmstadt ist beratend für die Hilfsorganisation LandsAid aktiv. Seine ehrenamtliche Arbeit besteht darin herauszufinden, wie die Entwicklungshilfsgelder vor Ort sinnvoll eingesetzt werden können.

LandsAid ist seit 2006 für Menschen in Katastrophen- und Entwicklungsgebieten im Einsatz. Ziel der Arbeit ist es, Menschen, die durch Natur- oder Umweltkatastrophen oder durch bewaffnete Konflikte oder Unterdrückung in Not geraten sind, schnell notfallmedizinisch zu helfen. In den Bereichen Basismedizin und Ernährung führt LandsAid zudem Projektarbeit durch. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Ausbildung von Einsatzkräften.

Im Jahr 2018 war Dr. Hettel für LandsAid in Haiti. Der Inselstaat wird immer wieder von verheerenden Naturkatastrophen erschüttert. Im St. Damien Pediatric Hospital in Port-au-Prince angekommen, war Dr. Hettel erst mal überrascht. „Die Mediziner*innen waren sehr gut ausgebildet“, erzählt er, „besonders das Pflegepersonal“. „Das liegt daran, dass sie viel mehr machen müssen und viel mehr Verantwortung tragen, als zum Beispiel Pflegekräfte in Deutschland.“ Auch das Krankenhaus an sich sei ein modernes Gebäude, auf den ersten Blick nicht zu unterscheiden von einem Krankenhaus in Deutschland. Was aber zwingend fehle, sei eine größere und besser ausgestattete Notaufnahme. „Es gibt in Haiti keinen Rettungsdienst, der die Erstversorgung der Verletzten macht. Die Menschen kommen zu Fuß oder auf dem Moped



OP-Fachschwester Nussbaumer (Mitte) mit zwei OP-Schwestern im Jemen

direkt in die Notaufnahme – das ist der Hot Spot“, berichtet der Arzt. Man müsse sich immer auf die Gegebenheiten vor Ort einstellen, nur so könnten Hilfsorganisationen langfristig etwas bewirken. „Wir sitzen hier in Deutschland in einem der besten Gesundheitssysteme, warum soll das nicht in anderen Ländern auch so sein?“, fragt Dr. Hettel und gibt zu, dass es ihm persönlich großen Spaß mache, Dinge zu verändern. Dafür nehme er sich gerne Urlaub oder Überstundenfrei, um auch in anderen Ländern die gesundheitliche Versorgung voranzutreiben.

Dankbarkeit für die eigene Situation

„Jeder Tag ist ein Tag, an dem man etwas Gutes tun kann“, sagt auch Nina Gremme. Die gelernte Krankenschwester hat 16 Jahre in der Notfallmedizin gearbeitet und nebenbei Soziale Arbeit und Public Health studiert. Dafür empfinde sie heute große Dankbarkeit, „in einem Land zu leben, in dem es immer etwas zu Essen gibt und ich drei Mal studieren konnte“. Heute arbeitet sie als Sozialpädagogin im Bereich der Gerontopsychiatrischen Fachkoordination. Für LandsAid ist sie in ihrer Freizeit beratend im Einsatz und versucht mit Schulungen und Trainings die Infrastruktur in den von ihr besuchten Ländern zu verbessern.

Im Jahr 2018 war die Sozialpädagogin für einen Projektabschluss im Rohingya Camp in Bangladesch. Zu dem Zeitpunkt ihres Besuchs war es das größte Flüchtlingscamp der Welt. Herausfordernd sei es für Gremme gewesen, erstmals alleine in einem Einsatz zu sein, ohne ein Team zur Stärkung hinter sich. Doch sind es vor allem die Ursachen, die zu dieser Krise führten, die Gremme verzweifeln lassen. „Die Krisen, die durch Menschen gemacht sind, sind für mich persönlich viel schwieriger zu ertragen“, sagt sie. Syrien, Jemen oder Kongo, die Länder, in denen ehrenamtliche Helfer*innen im Einsatz sind, gehören zu den unsichersten Orten der Welt. In manchen Ländern mussten Einsätze abgebro-



Dr. Andreas Hettel



Sozialpädagogin und Krankenschwester Nina Gremme in einer Apotheke in Bangladesch

chen werden, da die Sicherheitslage die Hilfseinsätze nicht mehr zulässt. „Wir müssen aufpassen“, sagt Dr. Emmanouilidis, „wenn uns etwas passiert, können wir niemandem mehr helfen.“ Das sieht auch Dr. Hettel so: „Man muss immer das Risiko abwägen“. „Im Kongo habe ich Angst gehabt“, erinnert sich Klaudia Nussbaumer, „denn ich halte das Land für nicht berechenbar.“ Im Jemen durfte sie zum Schluss

ihres Einsatzes nicht mehr das Krankenhausgebäude verlassen, „zu groß war die Gefahr vor Entführungen“, sagt Nussbaumer.

Nur nicht verrückt machen lassen

Auch die Gefahr vor Infektionen und Krankheitsübertragungen sei nicht zu unterschätzen. „Es ist wichtig, alle Impfungen zu haben“, sagt Dr. Hettel. Verrückt machen dürfe man sich aber

auch nicht. „Ich arbeite auch mal ohne Handschuhe“, sagt Klaudia Nussbaumer, „und desinfiziere mir lieber öfter die Hände.“

Dass ihre Einsätze ein großes Risiko mit sich bringen, dem sind sich die ehrenamtlichen Helfer*innen bewusst. Doch einschüchtern lassen sie sich davon nicht. Es überwiegen der starke Wunsch nach Veränderung und der Drang, Menschen in Not zu helfen. „Ich empfinde große Dankbarkeit darüber, wie gut es uns geht“, sagt Dr. Hettel, „das soll in anderen Ländern auch so sein“. „Wir können nicht die ganze Welt retten“, weiß Klaudia Nussbaumer, „aber für jedes Kind, das überlebt oder nach einer Operation keine Behinderung mehr hat, lohnt sich der Einsatz.“

Dr. Emmanouilidis fasst seine schönsten Momente so zusammen: „Wenn man ein Kind sieht, und man denkt, es hat keine Chance mehr und am nächsten Tag lächelt es einen an und spielt. Dann denkt man: weiter machen!“ Die Einsätze sind jedes Mal eine Herausforderung, aber sie geben auch Kraft – darüber sind sich alle einig. Nina Gremme formuliert es so: „Wenn man Dinge macht, die das Herz berühren, dann kommt die Kraft automatisch.“

Janina Yeung



Noch ein kleiner Patient, den Dr. Emmanouilidis in Ginea Bissau erfolgreich behandelt.

Drei Fragen an Dr. Jürgen Focke von HelpAge



HelpAge International wurde 1983 von fünf Organisationen in Großbritannien, Kanada, Kolumbien, Kenia und Indien ins Leben gerufen. 2005 wurde in Osnabrück der deutsche Ableger gegründet. Mittlerweile gibt es weltweite Niederlassungen und insgesamt über 200 Partner in über 60 Ländern weltweit.

Der inhaltliche Fokus von HelpAge liegt auf der Hilfe für ältere Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern. Die Organisation bekämpft Altersarmut und -diskriminierung und führt Projekte durch, die menschliches Leiden lindern, Teilhabe fördern und Eigenpotenziale stärken.

Dr. Jürgen Focke ist seit 2018 bei HelpAge und dort für Policy und Advocacy zuständig. Zu seinen Schwerpunkten gehören Strategieentwicklung und -umsetzung, die Vertretung gegenüber Ministerien und NGO, er pflegt Kontakte und verfasst Texte.

HelpAge Deutschland ist weltweit derzeit in mehr als 14 Ländern aktiv, um alten Menschen ein Leben in Würde zu ermöglichen. Wie genau setzen Sie sich in Ihrer Arbeit für ältere Menschen ein?

Wir wollen erreichen, dass ältere Menschen nicht nur als schwach oder „Opfer“ gesehen werden, sondern als wichtige Akteure mit besonderen Fähigkeiten und Erfahrungen, auf die die Gesellschaft bei der Suche nach Zukunftslösungen nicht verzichten kann. Soziale Partizipation und die Integration älterer Menschen stehen im Vordergrund unserer Arbeit, so dass die Teilhabe älterer Menschen in der Gesellschaft, ihre politische Vertretung und soziale Einbeziehung gesichert ist und sie somit zum Beispiel uneingeschränkten Zugang zu medizinischer Versorgung und Einkommensmöglichkeiten haben, die ihnen ein Leben in Würde ermöglichen. Da traditionelle Familiennetze auch im globalen Süden zunehmend zerfallen, basieren wir unsere Arbeit auf lokale Selbstvertretungsorganisationen – sogenannte OPAs (Older People Associations), die sich insbesondere in den ostafrikanischen Ländern und Asien zu einem wichtigen Baustein der Zivilgesellschaft entwickelt haben. Förderung der OPAs stärkt nachhaltig die Fähigkeiten und Potentiale der älteren Menschen; denn Ältere gehören zu den besonders vulnerablen Gruppen. In Katastrophenfällen sind oft die mei-

sten Todesopfer in der Altersgruppe 60+. In Katastrophenfällen sind Schutz- und Hilfsmaßnahmen für diese Zielgruppe häufig nicht in den Vorsorgeplänen der betroffenen Länder enthalten. HelpAge Deutschland unterstützt hier durch Sachspenden, Lebensmittel, altersgerechte medizinische Hilfsmittel und Wiederaufbauprojekte, wie dem Bau von Gesundheitszentren. Meist sind wir dann die einzige Organisation, die diese besonders isoliert lebenden Menschen erreicht.

In welchen Regionen brauchen alte Menschen derzeit besonders Unterstützung?

Unverändert benötigen Länder mit hohem Migrationsanteil unsere Aufmerksamkeit, da dort die älteren Menschen meist allein gelassen werden, während die jüngere Bevölkerung in die Nachbarstaaten oder größere Städte migriert. Dies gilt nicht mehr nur für die Länder des Globalen Südens. Insbesondere in Osteuropa wie Bulgarien, Moldawien und Rumänien vereinsamt die ältere Generation. Ganze Landstriche sind dort nahezu verwaist und staatliche Versorgung ist nicht mehr gewährleistet. Daher fokussieren wir unsere Arbeit neben den derzeitigen Krisenländern wie Jemen, Syrien, Äthiopien oder Mosambik auf Länder, in denen die Auswirkungen von Migration und demographischem Wandel besonders schwerwiegende Folgen haben.

Weltweit haben 80 Prozent der älteren Menschen kein regelmäßiges Einkommen oder eine andere Form der Absicherung. Welche Bedeutung haben soziale Renten im Kampf gegen Altersarmut?

„Soziale“, also beitragsfreie Renten, haben sich seit den 1990ern in vielen Ländern des globalen Südens verbreitet und wurden in derzeit 73 Ländern, das ist die Hälfte aller Länder des Südens, eingeführt. Diese „Sozialen Renten“ haben erheblich dazu beigetragen, extreme Armut im Alter zu vermindern, jedoch in sehr unterschiedlichem Ausmaß, denn der Erfolg dieser Renten hängt wesentlich von der wirtschaftlichen Entwicklung der Länder ab. Die Höhe der Rente ist oft unzureichend und liegt meist unterhalb der nationalen Armutsgrenze. Zudem ist das Renteneintrittsalter in einigen Ländern viel zu hoch angesetzt, z.B. 80 Jahre in Uganda – bei einer durchschnittlichen Lebenserwartung von 60 Jahren. Soziale Renten sind dennoch wichtig, weil beitragsbasierte Renten im globalen Süden nur für die Minderheit der Arbeiter im formellen Sektor erreichbar sind. HelpAge befürwortet daher universale, das heißt nicht bedürftigkeitsgeprüfte Renten, die alle Älteren erreichen.

Die Fragen stellte Janina Yeung

Weitere Informationen unter www.helpage.de

Katastrophenvorsorge: Helfen, bevor Hilfe nötig ist

Seit einigen Jahren häufen sie sich: Die Berichte darüber, dass unsere Natur immer wildere Kapriolen schlägt. Stürme, Hochwasser, Hitze: Ein Rekord jagt den nächsten. Und während wir derzeit in europäischen Breitengraden maximal über die sommerliche Hitze jammern – und uns auch ganz schnell wieder beschweren, wenn es zu kalt wird – sind die Folgen des Klimawandels in vielen Teilen des Erdballs nicht selten mit dem Verlust der Existenz oder gleich dem Leben verbunden.

Auch in Deutschland gibt es zahlreiche Initiativen, die vor Ort in den Katastrophengebieten helfen. Viele davon sind Mitglied im Paritätischen Gesamtverband. Und einige werden bereits aktiv, um vor dem Ernstfall zu schützen. Wir möchten hier zwei von ihnen vorstellen.

Frank Beutell für Terra Tech in Nepal.



Frank Beutell ist Politikwissenschaftler und hat bereits im Studium für die Hilfsorganisation Terra Tech gearbeitet, die in den 30 Jahren ihres Bestehens

über 400 Projekte in 54 Ländern realisiert hat. Frank Beutell machte die Arbeit Spaß und ist, wie er sagt, einfach da „hängengeblieben“. Seit knapp drei Jahren ist Beutell fest angestellter Projektleiter in den Regionen in Nepal, Ostafrika und Teilen des Balkan. Im Gegensatz zu anderen Organisationen, die in der Entwicklungszusammenarbeit tätig sind, verfügt Terra Tech nicht über Länderbüros, sondern arbeitet prinzipiell mit lokalen Partnern vor Ort zusammen. „Nach unserer Ansicht kennen die sich vor Ort am besten im kulturellen Kontext und den Bedürfnissen aus“, erläutert Frank Beutell die Gründe dafür. Ganz praktisch zeigte sich vor wenigen Wochen angesichts des schweren Monsuns. „Fangt schon einmal an. Das mit dem Geld bekommen wir schon hin“, hätte man den Verbündeten vor Ort sagen können.

Wenn Frank Beutell in Nepal ist, also mindestens einmal im Jahr, ist sein Aufgabenfeld vielfältig. Neben Büroar-

beiten, wie die Kontrolle der Buchhaltung, ist natürlich auch die Arbeit vor Ort ein wichtiger Teil. Auch der Kontakt mit den Offiziellen und Händeschütteln vor Ort gehört dazu. „Teilweise sind es aber auch nur Höflichkeitsbesuche“, so Beutell. Die Kommunikation erfolgt auf Englisch.

In einem aktuellen Pilot-Projekt, das Beutell betreut, geht es um Katastrophen-Prävention. Genutzt werden sollten lokale Ressourcen vor Ort und die Häuser somit Erdbeben- und Flutsicherer gemacht werden. Patentrezepte gibt es nicht, denn dafür sind sowohl geografische Unterschiede als auch die Lebens- und Bauweisen im Land zu groß. So kann es sein, dass in einem Dorf Lehmhütten gebaut wurden, die deutlich anfälliger für Hochwasser sind, während ein paar Kilometer weiter Backsteine benutzt werden, welche wiederum sehr anfällig für Erdbeben sind.

Die Handlungsempfehlungen sind meistens einfach gehalten, so wie

diese: In Backsteingebäude sollten in jede 5.-6. Reihe eine Stahlstrebe eingezogen werden – dies wird z.B. in Handwerkertrainings vermittelt. Das macht die Bauwerke deutlich weniger anfällig für Erdbeben. „Sonst bricht alles zusammen wie ein Kartenhaus“, so Beutell. Direkt mit Beton zu bauen, wie es in westlichen Ländern üblich wäre, ist für viele Nepales*innen auf dem Land unerschwinglich. Eine andere, fast ebenso einfache Maßnahme, betrifft Lehmhäuser. Die werden auch bei leichten Überflutungen oft komplett ausgespült. Verkleidet man sie aber kniehoch mit einer Blechplatte, ist schon viel gewonnen.

Eine weitere einfach umzusetzende Maßnahme ist die Jhatpart-Bag oder auch „Notfall-Tasche“ mit den wichtigsten Dokumenten und Gegenständen immer griffbereit im Haus zu haben. Dort sollten wichtige Dokumente, wie die Geburtsurkunde, enthalten sein, die man im Fall einer Naturkatastrophe noch schnell greifen kann. Frank Beutell freut sich: „Das wurde von ganz vielen Dorfgemeinden kopiert, auch weil es fast kein Geld kostet. Eine kleine Plastiktüte reicht. Es ist so einfach, macht aber einen riesen Unterschied, wenn das Haus wegge-



Einsatz in Nepal

schwemmt wird und man seine wichtigsten Unterlagen dabei hat.“ Entwicklungsarbeit muss gar nicht teuer sein. Insgesamt werde die Arbeit von Terra Tech sehr gut angenommen, so Beutell. „Wenn etwas nicht angenommen wird, dann meist, weil es nicht in den kulturellen Kontext passt. Dann muss etwas neu durchdacht werden.“ Oder wenn einfach andere lokale Gegebenheiten vor Ort gelten als angenommen, so Frank Beutell. Das ist aber Teil seiner Arbeit und er würde eher skeptisch werden, wenn alles immer glatt ginge. „Dann hätten wir den perfekten Plan, welchen es nicht gibt, gerade in schwierigeren Arbeitsumfeldern, wie wir sie häufig vorfinden. Letztendlich zählt das Wohl der Menschen immer am meisten.“

Peter Göttert für den Bundesverband Rettungshunde in Taiwan



Seit 26 Jahren ist Peter Göttert Landesbeauftragter für das Rettungshundewesen in Baden-Württemberg und

seit 16 Jahren Beiratsvorsitzender des Bundesverbandes Rettungshunde, kurz BRH. Mit Rettungshunden beschäftigt sich Göttert aber bereits seit 1981. Er hatte ein „wunderbares Hundchen“, wie er sagt, das gern auf Rehjagd ging. Auf der Suche nach Hilfestieß er auf einen lokalen Rettungshunde-Verein und ist seitdem dabei. „Das ist wie schwanger sein: Das geht nicht ein bisschen. Entweder man ist voll und ganz dabei oder gar nicht“, beschreibt Peter Göttert seine Arbeit. Zusätzlich habe er das Glück, dass seine Frau ebenfalls mit Rettungshunden engagiert ist: „Sonst lebt man ja nur mit dem Bild auf dem Nachttisch“ Was fasziniert ihn so an der Arbeit mit den Tieren, die er nun schon seit fast 40 Jahren macht? „Es gibt bei der Rettung kein anderes Lebewesen, mit dem sie so zusammenarbeiten können, wie

mit dem Hund“, antwortet Göttert. Sie sind jedoch keine Maschinen. Hunde seien zwar gehorsam, aber die Kunst bei der Rettungshundearbeit sei es, dem Hund zu vermitteln, dass seine Arbeit Freude mache und auch eigene Entscheidungen

zu treffen. Letzteres ist besonders wichtig, denn im Trümmerhaufen lässt ein Hund sich nicht so führen wie beim Gassi gehen im Park. Peter Göttert: „Das ist sehr zeitintensiv, aber jede Minute, die reingesteckt wird, lohnt sich.“

Doch egal wie gut die Hunde trainiert sind – es gibt auch mal Widerstände: Eine Fluggesellschaft wollte die Hunde des BRH nach einem Einsatz zu „Gepäck“ erklären und sie bei einem 15-Stündigen Flug im Frachtraum lassen. „Die überleben das zwar, aber ich weiß nicht, ob der noch einmal in einen Flieger steigt“, befürchtete Göttert. Eine Zeitung schaltete sich ein, brachte einen Beitrag über den verdienten Einsatz der Hunde und das Verhalten der Fluggesellschaft und plötzlich hatte diese ein Einsehen.

Göttert ist besonders die interkulturelle Kommunikation eine Herzensangelegenheit. Als er 2012 bei einem Bankett eine Broschüre über den Katastrophenschutz in Taiwan überreicht bekam und feststellte, dass die staatlich organisierte Feuerwehr dort über Rettungshunde verfügt. „Das war für mich sofort die Steilvorlage, die Kameraden aus Taiwan für eine Woche zu uns nach Deutschland einzuladen, um mit ihnen arbeiten und trainieren zu können.“ Es sollte noch vier Jahre dauern, bis sich sein Vorhaben realisieren lies und die Feuerwehr-Kameraden kamen mit drei Hunden vorbei. Der



Peter Göttert im Kreise von Kameraden in Taiwan

Gegenbesuch im Jahr 2017 hatte für die Besuchten einen besonders hohen Status. So wurde seitens der taiwanesischen National Fire Agency (NFA) ein sogenanntes „Memorandum of Understanding“ aufgesetzt und feierlich vor 800 Leuten unterzeichnet. Am Abend folgte noch ein offizieller Empfang mit dem taiwanischen Innenminister und weitere offizielle Empfänge für die Freunde der Rettungshunde. Seit 2018 hat der BRH eine Außenstelle in der Nähe von Taichung, die von den taiwanesischen Kameraden eingerichtet wurde. Das erleichtert die Arbeit vor Ort ungemein. Mit dort eingelagerten Gerätschaften kann bis zu 10 Tage im Erdbebenfall Autark gearbeitet werden. Sogar der stellvertretende Premierminister gab mit seiner Unterschrift seine Anerkennung. „Das wird bei denen schon hoch gehandelt“, freut sich Peter Göttert.

Das Team vom BRH fokussierte sich nun darauf, mit den Kameraden aus Taiwan gemeinsam zu trainieren. Das sollte sich auszahlen. Kurz darauf, im Februar 2018 ereignete sich auf Hualien in Taiwan ein Erdbeben, nach welchem mit diesen trainierten Hunden zwei Frauen gerettet werden konnten. „Das ist das Größte, was sie mit ihrem Hund leisten können,“ so Göttert. „Wenn aufgrund ihrer Arbeit Menschen gerettet werden können.“

Philipp Meinert

Drei Fragen an Bodo von Borries, Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe (VENRO)

Bodo von Borries ist Bereichsleiter Humanitäre Hilfe, Frieden und Teilhabe aller und seit 2010 beim Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe (VENRO). Er ist außerdem Co-Vorsitzender im Beirat der Bundesregierung Krisenprävention und Friedensförderung und war Mitarbeiter von Brot für die Welt, der Gruppe Friedensentwicklung und terre des hommes.

Herr von Borries, das Thema Lokalisierung von Humanitärer Hilfe gewinnt zunehmend an Bedeutung. Was genau ist unter Lokalisierung zu verstehen?

Lokalisierung wird seit dem humanitären Weltgipfel 2016 als Teil der Reformagenda der humanitären Hilfe intensiv diskutiert. Lokalisierung ist ein Prozess, der Entscheidungsbefugnisse und finanzielle Mittel im humanitären System möglichst weit auf die lokale Ebene verlagern soll, um Effektivität und Nachhaltigkeit der humanitären Versorgung zu steigern. Dabei gilt in Anerkennung des Subsidiaritätsprinzips: „so lokal wie möglich, so international wie notwendig“. Das Anliegen wurde in dem sogenannten Grand Bargain, einer politischen Erklärung wichtiger Geber und Nichtregierungsorganisation zum Reformprozess aufgenommen und mit einem konkreten Ziel hinterlegt: Bis 2020 sollen mindestens 25 Prozent der Finanzmittel der internationalen Humanitären Hilfe so direkt wie möglich (über max. eine Vermittlung von internationalen NROs oder die UN) an lokale Akteure gehen. Das ist eine enorme Veränderung zu dem bisherigen zentralen humanitären System und der Dominanz großer Akteure aus den OECD-Staaten.

Die deutschen Akteure haben im Rahmen des Koordinierungsausschusses Humanitäre Hilfe ein gemeinsames Verständnis von Lokalisierung und

eines institutionellen Capacity Buildings definiert. Hier waren auch Mitglieder des Paritätischen aktiv beteiligt. In den sogenannten Eckpunkten sind konkrete Maßnahmen zur Umsetzung von Lokalisierung angekündigt und auch gute Beispiele aufgeführt.

Seit 2016 wurde international viel diskutiert und auch die Möglichkeiten der Datenerhebung über Mittelflüsse wurden verbessert. Es haben sich auch mehr nationale Plattformen von Süd-Organisationen gebildet. In der Kernfrage der Finanzierung allerdings wurde nach einem aktuellen Zwischenbericht nur wenig erreicht, nur 3 Prozent der Finanzierung der internationalen Mittel für humanitäre Hilfe gehen bisher direkt an lokale Akteure, etwa 14 Prozent im Sinne des Grand Bargain über eine Vermittlung.

Lokale Organisationen sind oftmals die ersten, die im Krisenfall vor Ort sind und die lokalen Gegebenheiten am besten kennen. Wie können lokale Initiativen gestärkt werden?

Eine wichtige Maßnahme sind langjährige, institutionelle Partnerschaften, bei den lokalen Organisationen die Möglichkeiten erhalten, selber Mittel zu akquirieren und das Personal und die Ausbildung kontinuierlich zu verbessern. Daneben braucht es neue Finanzierungsinstrumente, wie z.B. lokale Fonds aus internationalen Mitteln, die direkt und unbürokratisch zugänglich sind für lokale Initiativen in Krisenregionen. Hier können internationale NRO eine Beratungsfunktion für die Startphase haben, sollten dann aber die Kontrolle und Begleitung an qualifizierte Partner im Süden abgeben. In Zeiten von „shrinking spaces“ für Zivilgesellschaft braucht es manchmal auch politische Unterstützung und Schutz für lokale Initiativen.

Umstritten ist, wer überhaupt lokale Akteure sind. Gehören dazu nationale Sektionen internationaler Organisationen, die in Ländern des Südens neu gegründet worden, dazu? In der hef-



tigen Auseinandersetzung zu diesen Fragen zeigt sich, dass viele institutionelle Interessen in diesem Prozess und sogar die Daseinsberechtigung internationaler NRO berührt werden. Aber auch große NRO aus einem Land wie Bangladesch haben nicht dieselben Interessen und Kenntnisse, wie lokale NRO in der Grenzstadt Cox Bazar, die unter großem Druck hunderttausende Flüchtlinge aus Myanmar betreuen, oder Selbsthilfegruppen, die sich z.B. nach einem Wirbelsturm in einer betroffenen Gemeinde bilden.

Können Sie uns ein Praxis-Beispiel nennen, wo Lokalisierung bereits besonders gut funktioniert?

Gute Beispiele liefern einige deutsche humanitäre NRO, die bereits die Hälfte ihrer Verwaltungskostenpauschale, die sie vom Auswärtigen Amt erhalten, an lokale Partner im Süden weiterleiten. Andere haben projektunabhängige Partnerschaftsverträge vereinbart, um Zusammenarbeit auf Augenhöhe und institutionelle Stärkung langfristig zu verankern. Es gibt neue Instrumente des Mentoring, des Personaltauschs oder die Übergabe von Koordinationsaufgaben an lokale Partner. Es ist ein hoffungsvolles Zeichen für einen echten Aufbruch, dass deutsche NRO in diesem Bereich kreativ sind und institutionelle Interessen am Ende zurücktreten.

Die Fragen stellte Janina Yeung
Mehr Infos: www.venro.org

Drei Fragen an Dr. Sarah Ninette Kaliga von SODI



Frau Dr. Kaliga, SODI unterstützt verschiedene Projekte der Entwicklungszusammenarbeit, die sich speziell an Frauen richten. Warum ist in diesem Zusammenhang eine Zuspitzung auf Frauen notwendig?

Tatsächlich ist es so, dass wir keine Projekte mit Partnerorganisationen implementieren, die sich ausschließlich an Frauen richten. Im Gegenteil: Männer spielen immer eine Rolle und sind Teil der Projekte, denn – plakativ gesprochen – wie kann sich eine Frau emanzipieren und an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen teilhaben, wenn ihr männliches Umfeld ihre Rechte nicht akzeptiert? Integrative Ansätze sind uns deswegen besonders wichtig. Dennoch, da haben Sie Recht, ist uns die besondere Förderung von Frauen in den Projekten sehr wichtig. Warum? Weil Frauen überall auf der Welt oft gesellschaftlich an den Rand gedrängt und diskriminiert leben, ihre Rechte nicht durchsetzen können, weniger Entscheidungsbefugnis im und außerhalb des privaten Raums besitzen, ebenso wie sie einen schlechteren Zugang zu Ressourcen wie Bildung haben und eher in Armut leben. Dabei sind sie traditionell für die Erziehung der Kinder und die Haushaltsführung zuständig, erledigen zudem oft noch die Feldarbeit. Frauen speziell mit Projekten zu fördern hat aber auch einen anderen Grund. Die Erfahrung zeigt, dass ihre Sicht oft ganzheitlicher ist.

SODI ist eine 1990 gemeinnützige Nichtregierungsorganisation, die sich für eine gleichberechtigte Welt und für einen Perspektivwechsel in der Entwicklungszusammenarbeit einsetzt. Die Organisation arbeitet gemeinsam mit lokalen Partnerorganisationen auf vier Kontinenten für eine gerechte Welt. Die Arbeit im Globalen Süden verbindet SODI mit Bildungs- und Kampagnenarbeit in Deutschland, um auch hierzulande einen Perspektivwechsel voranzutreiben.

Wir sprachen mit SODI-Geschäftsführerin Dr. Sarah Ninette Kaliga über die entwicklungspolitischen Projekte der Organisation, die sich speziell an Frauen richten.

Das betrifft auch den Umgang mit Geld und Ressourcen, die sie vor allem für Familien und Gemeinschaften, also das Gemeinwohl, einsetzen. Denn leider bewahrheitet sich noch immer ein Klischee in Bezug auf Männer: Geld wird eher selbstbezogen ausgegeben, als Frauen dies tun – für Alkohol, Tabak, etc. Ernesto Tuia, Mitarbeiter der Organisation Kubatsirana in Mosambik, mit der wir zur Zeit ein Projekt implementieren, sagt dazu treffend: „Für eine funktionierende moderne und aufgeklärte Gesellschaft braucht es eben die Gleichberechtigung von Mann und Frau.“ Dafür steht auch SODI – weltweit. Denn seien wir ehrlich – in Deutschland gibt es da auch noch viel zu tun.

Auf welche Widerstände stoßen Sie in der Regel vor Ort?

Auf männliche UND weibliche. Letztendlich ist es so, wie wir es auch aus Deutschland kennen. Über lange Zeit entstandene traditionelle Strukturen, konservative Denkweisen sowie gesellschaftliche Werte, die der Frau bestimmte Rollen zuschreiben oder sie abwerten, insbesondere wenn Religion eine wichtige Rolle im Land spielt, erweisen sich mitunter als sehr starr und prägen das Denken aller Menschen – eben auch das Vertrauen von Frauen in sich selbst. Dies lässt sich auch nicht mit einem Einzelprojekt vollständig auflösen. Das Ändern von Denkweisen und Vorurteilen, die sich über Jahrhunderte in Gesellschaften etabliert haben, ist ein langer Prozess. Deswegen gehen wir kleine Schritte.

Haben sie ein „Lieblingsprojekt“ in diesem Bereich, welches SODI unterstützt? Wenn ja: Welches und warum?

Liebblingsprojekte in diesem Sinn habe ich nicht. Doch zwei Projekte möchte ich hier hervorheben: In einem Gemeindemanagement-Projekt in Vietnam wurden gezielt Frauen für die Teilnahme an kommunalen demokratischen Prozessen geschult. Die entsprechenden Entscheidungsstrukturen sind heute zu 50 Prozent durch Frauen besetzt, die nun bei wichtigen Infrastrukturprojekten in den Dörfern mitplanen und die Interessen der Frauen vertreten. In den betreffenden Gemeindezentren wurden zudem auch geschlechtergetrennte Toiletten eingebaut, was vorher undenkbar war und auf ganz banaler organisatorischer Ebene Frauen als Gemeindemitglieder mitdenkt. In Nepal führte unsere Partnerorganisation SAHAS ein Ernährungssicherungsprojekt durch. Eine Teilkomponente war es, dass die Bewohner*innen der Dörfer über den weiblichen Zyklus aufgeklärt werden, denn Frauen gelten während ihrer Periode als unrein, müssen die Dörfer verlassen oder werden eingesperrt – oft unter unzureichender Versorgung mit Essen und Trinken. In den Projektdörfern sind solche Methoden heute kein Thema mehr. Es sind solche Projekte, die für mich besonders sind. Die Selbstbestimmung von Frauen ist ein wichtiges Gerechtigkeitsthema. Davon profitieren alle Menschen!

Die Fragen stellte Philipp Meinert
Mehr Infos: www.sodi.de

Zwischen Bangen und Hoffen in Nahost

Die Dresdner Hilfsorganisation arche noVa leistet Nothilfe in Syrien und im Libanon

Nein, der Krieg in Syrien ist nicht vorbei. Im Gegenteil, fast unbeachtet von der Weltöffentlichkeit findet in der Region um Idlib, südwestlich von Aleppo, gerade die nächste der ungezählten Katastrophen statt. Seit Wochen bombardiert die syrische Armee das Gebiet in Nord-syrien, das als der letzte Rückzugsort der Aufständischen gilt. Die eigentlich seit September 2018 geltende Waffenruhe ist ausgesetzt und Assads Truppen schrecken selbst vor zivilen Zielen, wie Wohnviertel, Krankenhäuser und Schulen nicht zurück.

„Es ist ein Albtraum, die Menschen sind total verzweifelt. Die meisten sind seit Jahren auf der Flucht, jetzt werden sie immer mehr in die Enge getrieben

und wissen weder wohin, noch sich zu helfen“, sagt Karin Uckrow von arche noVa. Die für den Nahen Osten zuständige Projektreferentin der Dresdner Hilfsorganisation hält engen Kontakt zum Helferteam vor Ort.

arche noVa ist seit 2012 in Syrien tätig. Mit den wechselnden Konfliktzonen verschoben sich auch die Einsatzorte immer wieder. Derzeit sind 21 Mitarbeitende in Idlib tätig, um die Not der Menschen wenigstens ein bisschen zu lindern. Dazu fahren die Einsatzkräfte oft weite Strecken, denn die Geflüchteten leben in provisorischen Camps – alten Fabrikhallen oder verlassenen Häusern, manche sogar auf der Straße, unter Olivenbäumen oder zusammengestückelten Planen.

Ursprünglich war die Hilfsaktion auf 103.000 Menschen ausgelegt, derzeit werden aber etwa 30 Prozent mehr Menschen versorgt, darunter auch einheimische Familien aus der seit Jahren umkämpften Region um Idlib. arche noVa verteilt täglich Brot und Wasser, 225.000 Liter werden per Laster zu den Siedlungen gebracht. Einmal im Monat werden Lebensmittel- und Hygienepäckchen ausgegeben, knapp 300 Kubikmeter Müll entsorgt und Klärgruben ausgepumpt.

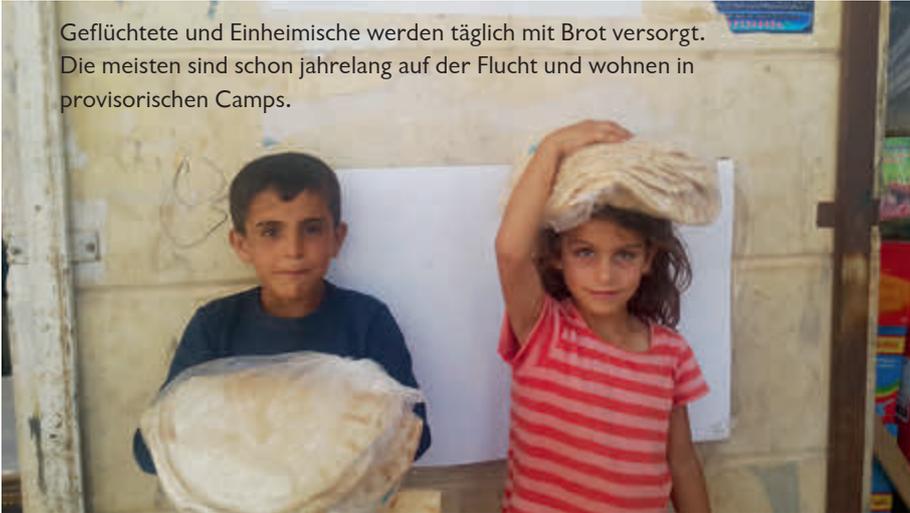
Es geht auch um die Helfer

„Es ist ein Tropfen auf den heißen Stein, aber unser Team in Syrien – selbst alles Geflüchtete aus anderen Landesteilen – ist unglaublich enga-



Sicheres Trinkwasser fließt in der Al Thazibiye-Schule im Libanon. Einheimische und dorthin geflüchtete syrische Kinder profitieren von der Instandsetzung der Wasser- und Sanitäreanlagen, die unser Team in den letzten Monaten durchgeführt hat.

Geflüchtete und Einheimische werden täglich mit Brot versorgt. Die meisten sind schon jahrelang auf der Flucht und wohnen in provisorischen Camps.



giert und tut, was es kann“, sagt Karin Uckrow. Oft geht es dabei auch um eine persönliche Perspektive für die Helfer*innen – nämlich gebraucht zu werden, und eine Aufgabe zu haben. Perspektivlosigkeit ist einer der Kollateralschäden des Krieges.

Jede*r sechste ein Flüchtling

Genau da setzen auch die aktuellen Hilfsprojekte von arche noVa im Libanon an. Das kleine Land am Mittelmeer ist das Land, wo weltweit die meisten Geflüchteten leben. Jeder sechste von insgesamt sechs Millionen Menschen ist laut UNHCR ein Flüchtling, allein 1,5 Millionen kommen aus Syrien, ein Großteil davon Kinder und Jugendliche. Ihnen eine Perspektive zu ermöglichen, darauf setzt arche noVa in seinen Hilfsprojekten in der Region Akkar. Seit 2015 werden dort Schulen saniert, an denen libanesisische und syrische Kinder gemeinsam oder im Schichtbetrieb lernen. In insgesamt 30

Bildungseinrichtungen werden Schul Toiletten saniert, Waschbecken und Wasserleitungen erneuert oder neue Abwasseranlagen gebaut. So freut sich die Direktorin der Al Tahzibiye-Schule in Mina, dass ihre Schülerinnen jetzt wieder gern in den Unterricht kommen, weil sie auch ohne Bedenken zur Toilette gehen können. Auf der Schule in Jedeit el Joumej wurde eigens ein neuer Wassertank mit Filteranlage auf dem Dach installiert, der die Schulkinder im Pausenhof mit sauberem Trinkwasser versorgt. Außerdem lernen sie, wie wichtig richtiges Händewaschen und persönliche Hygiene sind.

Es tut sich was!

„Unser lokales Team legt großen Wert auf gute Abstimmung mit den Schul- und Wasserbehörden und mit den zuständigen Verantwortlichen direkt vor Ort“, betont arche-noVa-Projektreferentin Karin Uckrow. Denn die Was-

serinfrastruktur im Norden des Libanon war schon vor Ausbruch des Krieges in Syrien kritisch. Umso wichtiger sei es jetzt, die Wiederherstellung und den Ausbau der kommunalen und schulischen Wasser- und Sanitärversorgung voranzubringen. „Damit die Menschen hier merken, es tut sich etwas“, betont Karin Uckrow.

Dana Ritzmann,
Pressereferentin von arche noVa e.V.

über arche noVa

arche noVa - Initiative für Menschen in Not e.V. - ist eine international tätige Hilfsorganisation, die sich auf Wasser- und Sanitärversorgung sowie Hygieneaufklärung spezialisiert hat.

Seit 1992 unterstützt arche noVa Menschen, die durch Krisen, Konflikte und Naturkatastrophen unver schuldet in Not geraten. Von der schnellen Katastrophenhilfe über den Wiederaufbau bis zu nachhaltigen Projekten der Entwicklungszusammenarbeit arbeitet arche noVa mit einheimischen Partnerorganisationen und den betroffenen Menschen nach dem Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe zusammen.

Hierzulande fördert der Verein das Globale Lernen in Form von Schulprojekttagen, außerschulischer Jugendarbeit, Erwachsenenbildung und der Fachstelle Globales Lernen und Bildung für nachhaltige Entwicklung in Sachsen.

Mehr Infos: www.arche-nova.org

Anzeige

Schule

Krippe, Kita
& Kindergarten

Beschäftigungstherapie
& Koordination

Möbel & Ausstattung



Betzold

Der Paritätische und Betzold:
Ihr Rahmenvertragspartner



www.betzold.de

Unternehmensverantwortung Global Denken und Handeln

Auf dem Weg von der Arbeit nach Hause benutze ich regelmäßig den Bus des ÖPNV und wechsele im Stadtzentrum von Darmstadt in die Straßenbahn. Das gibt mir die Gelegenheit, kleine Besorgungen zu machen ohne viel Zeit zu verlieren. Vor einigen Tagen, als es auch in Darmstadt sehr heiß war, machte ich also einen Zwischenstopp und flüchtete vor der Hitze ins Luisen Center, einem Einkaufszentrum mitten in der Innenstadt. Nach dem Einkauf zu Hause angekommen, holte ich alles aus meinem Rucksack und legte die erworbenen Dinge auf den Tisch. Ein halbes Pfund Kaffee mit Fair Trade Siegel, eine kleine (Plastik-)Flasche stilles Wasser und ein kurzärmeliges Hemd aus 100% Baumwolle im Sonderangebot. Ich kam ins Grübeln. Der Kaffee? Das ging wohl in Ordnung – immerhin ein Fair Trade Produkt. Aber eine Plastikflasche?

Sofort hatte ich Bilder von Kindern auf Müllbergen vor Augen. Wo wird diese Flasche enden? Im Recycling oder doch auf einer Müllhalde außerhalb Deutschlands und letztlich im Meer? Mein Sommerhemd hat kein Zertifikat für eine „saubere“ Wertschöpfungskette wie es der „Grüne Knopf“ anzeigen soll, den Bundesminister Gerd Müller im September der Öffentlichkeit vorstellen wird. Die Baumwollproduktion kann ein sehr großes Problem darstellen – sowohl für die Menschen in der Produktion, als auch für die Umwelt. Habe ich am Ende womöglich mit dem Kauf des Hemdes Sklavenarbeit einge-

kauft? Ich weiß es nicht. Allein die Tatsache, dass es eine Wahrscheinlichkeit für die Schädigung der Umwelt und Mißhandlung von Menschen gibt macht deutlich: Die Themen sind komplex und die hinter dieser einfachen Alltagserfahrung auftauchenden Fragestellungen können nicht egal sein!

Handel, Produktion und Wertschöpfung sind transnationale Vorgänge. Die Globalisierung lässt sich nicht zurückschrauben, aber sie muss klaren Regeln folgen. Der Paritätische und seine Mitgliedsorganisationen sind eine starke Gemeinschaft. Im Paritätischen fühlen wir uns der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet und suchen deshalb auch in ökonomischer Hinsicht Wege und Lösungen, die den Menschen dienen. Deshalb ist es mehr als lohnenswert, wenn wir im Verband und den jeweiligen Mitgliedsorganisationen unsere wirtschaftlichen Entscheidungen und unser Einkaufs- und Investitionsverhalten stets mit dem Fokus auf das Menschen- und Gemeinwohl hin überprüfen, um nicht unbedacht kollaterale Schäden zu erzeugen, die gegen unsere Wertehaltung stehen.

In einer gesunden Gesellschaft darf niemand zurückgelassen werden. Dieser Grundsatz ist in der DNA des Paritätischen angelegt und nicht erst durch die Forderung der Vereinten Nationen (leaving no one behind) in den 17 Nachhaltigkeitszielen (Sustainable Development Goals, SDG) im Paritätischen Alltag angekommen. Ob in unserem eigenen Land oder in internationaler Hinsicht – es zeigt sich sehr deutlich: Wie kann es mir auf Dauer gut gehen, wenn es meinem Nachbarn auf Dauer schlecht geht? Die Ungleichheit zwischen Individuen und die Ungleichheit zwischen den Nationen ist ein Kernproblem der Entwicklung der Menschheit. Es ist eine Frage der Zukunft aller Menschen und Lebewesen auf dem Globus. Es gilt das Recht eines jeden Menschen auf gleiche Chancen zur Verwirklichung seines Lebens in Würde und der Entfaltung seiner Persönlichkeit (siehe „Grundsätze der Verbandspolitik“).

Die Ökonomie muss den Menschen dienen und nicht umgekehrt. Mit der Resolution 17/4 „Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte“ zum Thema Menschenrechte und trans-



nationale Konzerne sowie andere Wirtschaftsunternehmen, gelang es den beteiligten Staaten der Vereinten Nationen bereits am 16. Juni 2011 sich auf einen Empfehlungskatalog zu einigen, der Rahmenbedingungen beschreibt, die für die Menschen gemacht sind. Dieser Empfehlungskatalog, basierend auf den Menschenrechten, muss nun auf allen Ebenen gestärkt und weiterentwickelt werden. Dazu ist ein sogenannter „UN-Treaty-Prozess“ entstanden, der im Juli 2018 einen ersten Entwurf vorgelegt hat. Zwar sind die Menschenrechte ein Grundpfeiler des Völkerrechts, das schon seit vielen Jahrzehnten Gültigkeit besitzt, doch für ihren Schutz bei weltweiten Unternehmenstätigkeiten gibt es bislang nur freiwillige Leitprinzipien. Das muss sich ändern, denn Menschenrechte brauchen Verbindlichkeit!

In der deutschen Zivilgesellschaft hat sich zu diesem Prozess die „Treaty Alliance Deutschland“ gegründet und im Oktober 2018 eine Stellungnahme abgegeben. Darin wendet sich die Alliance an die Bundesregierung und fordert zur aktiven Mitgestaltung auf, dass:

- Staaten verpflichtet, die bei ihnen ansässigen Unternehmen gesetzlich zur Achtung der Menschenrechte zu verpflichten, auch in deren Auslandsgeschäften, Tochterunternehmen und Lieferketten;
- Betroffenen effektiven Rechtsschutz gewährt, auch im Herkunftsstaat eines Unternehmens;
- Regelt, wie Staaten in grenzüberschreitenden Fällen zusammenarbeiten, um Unternehmen zur Verantwortung zu ziehen;
- festlegt, dass die Pflichten aus dem UN-Menschenrechtsabkommen Vorrang vor den Verpflichtungen aus Handels- und Investitionsschutzabkommen haben;
- einen unabhängigen Expert/innenausschuss vorsieht, der Staatenberichte zum Umsetzungsstand des Abkommens entgegennimmt und individuelle Beschwerden gegen Staaten prüft;

- einen Prozess zur Schaffung eines internationalen Gerichtshofs für Menschenrechte anstößt, vor dem Betroffene bei Menschenrechtsverstößen gegen transnationale Unternehmen klagen können.

Noch ist das Zukunftsmusik. Man mag auch zweifeln, ob diese Leitprinzipien global durchsetzbar sind, wenn wir zur Zeit täglich in den Nachrichten erfahren, wie Staatenlenker und privatwirtschaftliche Unternehmen sich schamlos über die hier beschriebenen Werte hinwegsetzen. Man darf dabei aber nicht vergessen, dass es in der Geschichte der Menschheit schon viele kraftvolle Entwicklungsschritte zur Überwindung von Ungerechtigkeiten gab. In diesem Sinne lohnt sich durchaus ein Blick auf die Geschichte der Abschaffung des Sklavenhandels. Vieles aus dieser Zeit des 19. Jahrhunderts erinnert an heutige Diskussionen zum Thema der Globalisierung und deren Ausrichtung an den Menschenrechten. Unternehmen sollten sich um die menschenrechtlichen Risiken ihrer Geschäftstätigkeit kümmern und tragen dauerhaft Verantwortung für ihre Entscheidungen.

Verbraucher haben ebenso einen Einfluss auf die Werteorientiertheit des Wirtschaftssystems und sollten als aufgeklärte Konsumenten die Folgen ihres Handelns bedenken – auch wenn viele Detailfragen auf den ersten Blick nicht einfach zu beantworten sind. Die

Komplexität darin darf nicht geleugnet werden.

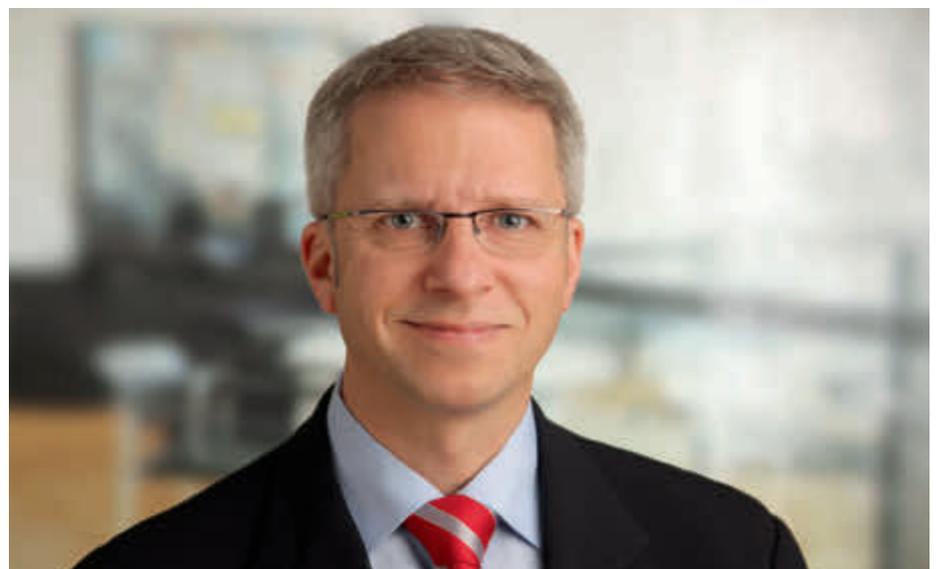
Die Einflussnahme auf Wertschöpfungsketten und fairen Handel durch die Verbraucher zu Gunsten der Menschen im Produktionsprozess muss allerdings durch nationale und internationale Gesetzgebung flankiert werden. Ökonomie und Menschenrechte müssen konsistent und widerspruchsfrei ausgestaltet werden und somit die globalen Rahmenbedingungen bilden. Hier ist die Gesetzgebung gefordert, die den Willen der Bürgerinnen und Bürger im Eigeninteresse wiederspiegelt.

Es lohnt sich also das Einkaufs- und Investitionsverhalten zu überdenken, eine Meinung zu haben und die Praxis daran anzupassen. Schon heute sind Unternehmen und Banken erkennbar, die sich in ihrem unternehmerischen Verhalten an den Menschenrechten orientieren wollen und faire Bedingungen aufbauen.

Das ist ein Lernprozess. Bei meinem nächsten Weg vom Arbeitsplatz nach Hause durch die Stadt, bei dem ich einen Zwischenstopp in der Fußgängerzone Darmstadt einlegen werde, schaue ich mit anderen Augen.

Christian Molke
Geschäftsführender Vorstand
ADRA Deutschland e.V.

Mehr Infos: www.adra.de



Drei Fragen an Lukas Mall, Freunde der Erziehungskunst Rudolf Steiners e.V.



Lukas Mall wurde 1984 in Fulda geboren. Der ausgebildete Schreiner, Sozialarbeiter und Erlebnispädagoge nahm 2009 erstmals ehrenamtlich an einem notfallpädagogischen Einsatz der Freunde der Erziehungskunst Rudolf Steiners e.V. teil. Seit 2010 ist er als Koordinator und mittlerweile Abteilungsleitung der Notfallpädagogik bei den Freunden der Erziehungskunst tätig. Als Einsatzleiter, Koordinator und Referent hat er seither über 30 Einsätze, unter anderem in Gaza, Haiti, dem Nordirak, den Philippinen, Griechenland, Indonesien und Kirgisien begleitet.

Die Notfallpädagogik der Freunde der Erziehungskunst Rudolf Steiners e.V. hilft seit 2006 weltweit traumatisierten Kindern und Jugendlichen bei der Verarbeitung ihrer Erlebnisse. Warum ist es so wichtig, in Krisenregionen ein Team der Notfallpädagogik vor Ort zu haben?

Natürlich müssen zunächst einmal die medizinische Grundversorgung nach Katastrophen sichergestellt werden und die physischen Wunden versorgt werden. Doch hinterlassen die Erlebnisse eben auch psychische Wunden, die zunächst einmal nicht so sichtbar sind. Zahlreiche Menschen berichten über Kopfschmerzen, Kinder können sich nicht mehr konzentrieren, haben Wahrnehmungsstörungen. Weiter können Menschen noch lange nach dem Ereignis Panikattacken haben, große Wut und Trauer fühlen. Alpträume können immer wieder auftreten und erschweren das Einschlafen. Kinder fangen plötzlich wieder an, Daumen zu lutschen und ähnliches. Hyperaktivität, aber auf der anderen Seite völlige Bewegungsunlust können beobachtet werden. Bis einige Monate nach dem Schockerlebnis sind dies alles völlig normale Reaktionen auf ein unnormales Ereignis. Daher ist in diesem Stadium auch noch keine Therapie angezeigt. Die Notfallpädagogik unterstützt durch ihre Methoden die Anregung der Selbstheilungskräfte von Kindern und Jugendlichen, um diese chaotisierten Rhythmen wieder zu reorganisieren. Konzentrationsübungen helfen zu fokussieren, durch malen können die Erlebnisse nonverbal ausgedrückt werden.

Bei Naturkatastrophen und kriegerischen Auseinandersetzungen leisten Ihre Teams pädagogische Erste Hilfe für traumatisierte Kinder und Jugendliche. Wie genau können wir uns diese Einsätze vorstellen?

Ein Team aus 8 bis 12 Pädagog*innen mit Einsatzleiter, Koordination und nach Bedarf Logistiker begeben sich in die Krisenregionen. Dort arbeiten wir mit Kindern und Jugendlichen in Schulen, Flüchtlingslagern oder in Stadtteilen, je nach Bedingungen vor Ort. Wir laden die Kinder ein, an den Aktivitäten teilzunehmen und beginnen mit einem großen Anfangskreis mit allen Kindern. Das sind oft 200 bis 500 Kinder, je nach Land und Ort. Im Anschluss gehen wir in 60 bis 90 minütige Workshops aus den Bereichen Kunsttherapie, Erlebnispädagogik, Rhythmus, Musik, Eurythmie, angepasst an das kulturelle Umfeld, die Umstände des Einsatzes sowie die im Team verfügbaren Kapazitäten und Ressourcen. Immer wieder können wir in der notfallpädagogischen Arbeit beobachten, wie Kinder nur Arm- oder Beinstümpfe malen. Bei genauer Betrachtung lässt sich hier die erlebte Ohnmacht und Handlungsunfähigkeit in dem Moment der Katastrophe erahnen. Gelingt es nun, mit diesen Kindern neben der künstlerischen Arbeit auch Übungen anzuleiten die den Tastsinn anregen, wie z.B. Fingerspiele und das Formen von Wachsfiguren, und in Bewegungs- und Rhythmusspiele einzusteigen, können nach wenigen Einheiten erste Veränderungen in den gemalten Bildern gesehen werden. In einigen Einsätzen ist es notwendig, den Kindern eine kleine Mahlzeit und

sauberes Trinkwasser zu bieten, da sonst die Kräfte für die Aktivitäten nicht ausreichen. Zum Abschluss versammeln sich wieder alle Kinder in einem großen Kreis und werden mit einem Lied für den Tag verabschiedet. Neben den Aktivitäten mit Kindern bieten wir eine kontextualisierte Psychoedukation und Elternberatung und Schulungen für lokale Fachkräfte an, die oft Elemente in ihre eigene Arbeit übernehmen.

Frage: Was sind die größten Herausforderungen, vor denen die Notfallpädagogik in ihrer täglichen Arbeit stehen?

Herausforderungen gibt es viele, Kommunikation in Krisengebieten kann schwierig sein, klimatische Bedingungen können belasten, interkulturelle Missverständnisse können entstehen. In einigen Einsatzgebieten verlangt die Koordination mit anderen Organisationen oder Regierungsbehörden sehr viel Zeit, die dann für die Arbeit mit den Kindern fehlt. Koordination und Absprachen sind wichtig, aber beides muss auch zu Entscheidungen und konkreten nächsten Schritten führen. Schwerwiegender ist aber immer, auf Kinder zu treffen, bei denen es mehr als eine akute Stabilisierung und Versorgung braucht. Bei Kindern mit Behinderungen oder traumatischen Vorerfahrungen werden mehr Fachkräfte benötigt, die nur zum Teil in den Krisenländern vorhanden sind um langfristige und nachhaltige Traumaverarbeitung zu unterstützen.

Die Fragen stellte Janina Yeung
Mehr Infos: www.freunde-waldorf.de



Aktion Deutschland Hilft

Bündnis deutscher Hilfsorganisationen

Aktion Deutschland Hilft e.V. ist ein Bündnis deutscher Hilfsorganisationen, die im Bereich der Katastrophenhilfe und -vorsorge tätig sind. Das Bündnis wurde 2001 mit dem Ziel gegründet, bei großen Katastrophen und Notsituationen im Ausland – wie Naturkatastrophen, Hungersnöte oder gewaltsame Konflikte – gemeinsam schnelle und effektive Hilfe leisten zu können. In Ausnahmefällen, wie z.B. im Rahmen des Hochwassers in Deutschland im Jahr 2013, ist Aktion Deutschland Hilft e.V. auch im Inland tätig.

Seit der Gründung hat das Bündnis bislang in 55 sogenannten gemeinsamen Einsatz- und Informationsfällen mehr als eine halbe Milliarde Euro Spenden gesammelt, um mit Hilfsmaßnahmen die Betroffenen vor Ort unterstützen zu können. Zusätzlich zu

den Spendenaufrufen bei Katastrophen und Notsituationen, sammelt Aktion Deutschland Hilft e.V. seit 2011 auch für die Katastrophenvorsorge.

Im Jahr 2019 hat das Bündnis bereits für einen Einsatzfall (Zyklon Mosambik) und zwei Informationsfälle (Venezuela und Ebola Kongo) aufgerufen. Aktion Deutschland Hilft e.V. gehören insgesamt 23 Hilfsorganisationen an:

- action medeor
- ADRA Deutschland
- Arbeiter-Samariter-Bund
- Arbeiterwohlfahrt International
- CARE Deutschland
- Habitat for Humanity Deutschland
- Help – Hilfe zur Selbsthilfe
- Islamic Relief Deutschland
- Johanniter-Unfall-Hilfe
- Malteser Hilfsdienst
- World Vision Deutschland

• Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland
sowie der Paritätische Gesamtverband mit folgenden Mitgliedsorganisationen:

- arche noVa e.V. – Initiative für Menschen in Not
- BRH Bundesverband Rettungshunde
- Freunde der Erziehungskunst Rudolf Steiners - Notfallpädagogik
- Hammer Forum – Medizinische Hilfe für Kinder in Krisengebieten
- Handicap International
- HelpAge Deutschland
- Kinderhilfswerk Stiftung Global Care
- LandsAid e.V. - Verein für Internationale Humanitäre Hilfe
- Terra Tech Förderprojekte
- Solidaritätsdienst International (SODI)

Der Paritätische Gesamtverband ist selbst nicht operativ im Bereich der Katastrophenhilfe oder -vorsorge tätig, vertritt jedoch die Interessen der o.g. Organisationen im Netzwerk.

www.aktion-deutschland-hilft.de

Das Netzwerk Agenda 2030 Zivilgesellschaft für nachhaltige Entwicklung

Der Zivilgesellschaft kommt bei der Erreichung der Ziele der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung zentrale Aufgaben zu: Sie setzt sich für eine Wende in Richtung Nachhaltigkeit in allen Politikfeldern ein. Sie entwickelt eigene Vorschläge für eine zügige Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele. Sie trägt durch eigene Projekte dazu bei, die Ziele bei uns und weltweit zu verwirklichen.

Die Ziele der Agenda gehen weit über die Entwicklungs- und Umweltpolitik hinaus. Deshalb haben sich 27 Verbände und Netzwerke aus den Bereichen Menschenrechte, Soziales, Kultur, Frieden, Frauen, Jugend, Migrant_innen, Menschen mit Behinderungen, Transparenz, Verbraucher- und Klimaschutz sowie Umwelt und Entwicklung im Netzwerk Agenda

2030 zusammengefunden. Gemeinsam wollen sie die Verwirklichung globaler Nachhaltigkeit aktiv begleiten und voranbringen. Auch der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e.V. engagiert sich aktiv im Netzwerk.

Das Netzwerk bündelt Kompetenzen und Kräfte, um das zivilgesellschaftliche Engagement und die Durchsetzungsfähigkeit für die Erreichung der Ziele zu erhöhen. In unterschiedlichen Konstellationen nehmen Netzwerkmitglieder Stellung zu relevanten politischen Prozessen, beispielsweise der Neufassung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Sie richten eine jährliche Konferenz zu nachhaltiger Entwicklung aus. In diesem Jahr findet sie unter dem Titel „Soziale Ungleichheit überwinden – von der Uto-

pie zur Realität“ statt. Sie veröffentlichen einen jährlichen SDG-Report. In dem kommentieren sie den Umsetzungsstand der Agenda 2030 auf politischer Ebene kritisch. In diesem Jahr erscheint der Bericht im September. Das Netzwerk Agenda 2030 wird koordiniert von VENRO, dem Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe, und dem Forum Umwelt und Entwicklung.

Dr. Sonja Grigat
Referentin

Bereich Globale Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung
Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe (VENRO)
s.grigat@venro.org

www.venro.org

Arme Kinder abgehängt

Paritätischer legt Expertise zu Kinderarmut und Teilhabe vor

Volles Haus am 1. August in der Geschäftsstelle des Paritätischen Gesamtverbandes in Berlin. Es geht um ein Thema, welches gar nicht genug Aufmerksamkeit bekommen kann: Kinderarmut. Der Paritätische Gesamtverband legte an diesem Tag eine Expertise vor, die belegt, dass Kinderarmut sich stark vergrößert und soziale Teilhabe ärmerer Kinder stark zurückgegangen ist.

Eine wachsende soziale Kluft zwischen armen und reichen Familien belegt die von der Paritätischen Forschungsstelle des Verbandes ausgearbeitete Expertise, für die aktuelle amtliche Daten aus den Jahren 2003 bis 2013 ausgewertet wurden. Der Paritätische Wohlfahrtsverband geht darin der Frage nach, wie viel Geld Familien mit Kindern zur Verfügung haben und was sie für die physischen und für soziale Grundbedarfe der Teilhabe der Kinder ausgeben. Wir wollen die Ergebnisse im Einzelnen dokumentieren:

- **Die Einkommensspreizung unter den Familien ist eklatant:** Betrug das Einkommen der Familien im obersten Dezil im Schnitt 8.642 Euro und im Gesamtdurchschnitt 3.762 Euro im Monat, waren es im untersten Dezil gerade noch 1.550 Euro; das Einkommen lag also noch unter der amtlichen Armutsgrenze von 1.606 Euro. Das Einkommen des untersten Dezils lag damit bei gerade einmal 18 Prozent des obersten und bei nur 41 Prozent des Durchschnittseinkommens. Oder andersherum: Am oberen Ende der Einkommensskala hatte man mehr als das Fünffache dessen, was am unteren Ende zur Verfügung stand, das Durchschnittseinkommen lag immerhin mehr als doppelt so hoch wie das Einkommen der ärmsten Familien. Eines ist dabei besonders bedrückend: Im untersten Zehntel ge-

lang es weder 2003 noch 2013, die ohnehin sehr niedrigen Konsumausgaben aus den laufenden Einkommen zu decken. 2013 lagen die Ausgaben bei 1.685 Euro und damit um 135 Euro über ihrem Einkommen. Die Differenz muss durch Rückgriffe auf Ersparnis oder aber durch die Aufnahme von Krediten ausgeglichen werden.

- **Im Zehn-Jahres-Vergleich hat das Wohlstandsgefälle dabei zugenommen – und zwar auf besonders unerfreuliche Weise:** Die ohnehin breite Schere zwischen den Haushaltseinkommen der ärmsten und der reichsten Familien ging noch weiter auseinander. Preisbereinigt lag das Einkommen des obersten Einkommenszehntels 2013 um immerhin + 0,8 Prozent höher als 2003. Bei den Durchschnittseinkommen waren es + 1,6 Prozent. Beim untersten Dezil waren es minus 3,2 Prozent – wobei insbesondere zwischen 2003 und 2008 ein starker Kaufkraftrückgang zu verzeichnen war, der bis 2013 nicht mehr aufgeholt werden konnte. Es ist auch nicht davon auszugehen, dass dieses nach 2013 geschah. Ganz im Gegenteil: Jüngste Forschungsergebnisse des DIW weisen darauf hin, dass die Schere zwischen 2013 und 2016 noch weiter aufging. Mit anderen Worten: Die armen Familien sind 2013 noch ärmer als zehn Jahre zuvor, während die Mitte und die Spitze durchaus zulegen konnten. Die Spaltung hat sich vertieft.
- **Wenig überraschend: Die massive Kluft in den Einkommen spiegelt sich auch in den Ausgaben wieder.** Mit 5.075 Euro wurde von Familien im obersten Dezil monatlich dreimal so viel konsumiert wie im untersten Dezil mit 1.685 Euro. Im Zehn-Jahres-Vergleich hatten die Konsumausgaben im obersten



Zehntel um 8 Prozent zugenommen, während sie beim untersten Zehntel um 8 Prozent zurückgingen. Im Durchschnitt blieben die realen Konsumausgaben relativ konstant. Das heißt: arme Familien, Familien mit Durchschnittseinkommen und wohlhabende Familien entwickelten sich im Zehn-Jahres-Vergleich nicht nur deutlich auseinander, sondern auch in unterschiedliche Richtungen. Ging es für die Wohlhabenden klar nach oben, konnten sie sich also mehr leisten, ging es für das unterste Einkommensdezil genauso klar nach unten.

Im nächsten Schritt wollten wir sehen, wie es speziell mit den Ausgaben für die Kinder aussieht. Wenig überraschend zeigt sich ein ähnliches Bild:

- Im Zehn-Jahres-Vergleich hat der Konsum im Durchschnitt moderat und beim obersten Zehntel spürbar zugenommen, während sich die ärmeren Kinder über die Jahre weiter einschränken mussten: **Arme Familien hatten real weniger Geld als noch zehn Jahre zuvor zur Verfügung, um ihren Kin-**

dern mehr als das physisch Notwendige zu finanzieren. In Zahlen: Die Ausgaben für Kinder sind im unteren Dezil real um 5,5 Prozent zurückgegangen. Bei Familien mit Durchschnittseinkommen sind sie dagegen um zwei Prozent und im obersten Dezil sogar um elf Prozent angestiegen. Sprich: Die ärmeren Kinder wurden weiter abhängig. 364 Euro wurden 2013 in diesen Familien für das Kind ausgegeben. Bei den Familien mit Durchschnittseinkommen waren es dagegen 659 Euro und im obersten Zehntel gleich 1.200 Euro, die dem Kind zukamen.

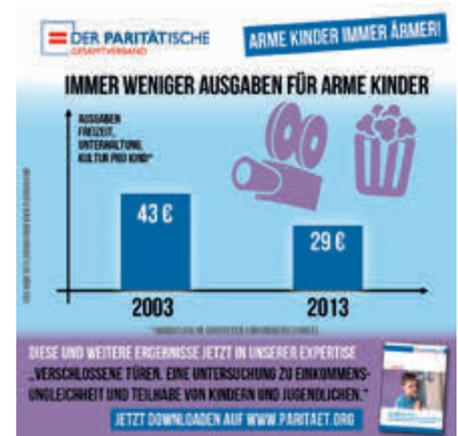
- Für den Teilhabeaspekt besonders wichtig: Bei rückläufigen Real-einkommen wurde im untersten Dezil notgedrungen nicht bei Essen und Kleidung gespart, **gespart wurde vor allem bei Ausgaben für die sozialen Grundbedarfe der Teilhabe.** Die Ausgaben für die soziale Teilhabe gingen im untersten Dezil real sogar um 17 Prozent zurück. Im Durchschnitt waren es minus 4 Prozent, während im obersten Dezil 18 Prozent zugelegt wurden. 102 Euro wurden 2013 beim untersten Einkommenszehntel für die soziale Teilhabe monatlich für das Kind ausgegeben. Davon entfielen auf Freizeit, Unterhaltung und Kultur einschließlich sogenannter bildungsrelevanter Güter gerade noch 35 Euro. Dahinter verbirgt sich der Besuch

eines Kinos oder einer Sportveranstaltung ebenso wie der Kauf von Spielzeug, Büchern oder auch Vereinsbeiträge. Für außerhäusliche Verpflegung, sprich: mal ein Eis oder eine Limonade, finden sich im ganzen Monat noch 9 Euro. Es sind Beträge, die bei Familien mit Durchschnittseinkommen oder im obersten Dezil drei und sechs mal so hoch liegen. Es sind Beträge, mit denen eine Teilhabe am geselligen und kulturellen Leben der Mitte dieser Gesellschaft nicht annähernd zu finanzieren ist.

Jüngste Forschungsergebnisse des DIW weisen darauf hin, dass die Schere zwischen 2013 und 2016 noch weiter aufging. Mit anderen Worten: Die armen Familien sind 2013 noch ärmer als zehn Jahre zuvor, während die Mitte und die Spitze durchaus zulegen konnten. Die Spaltung hat sich vertieft.

Der Paritätische Gesamtverband forderte in der Konsequenz zwei Maßnahmen: Einen Rechtsanspruch auf Teilhabe im Kinder- und Jugendhilfegesetz sowie eine einkommens- und bedarfsorientierte Kindergrundsicherung. „Eine solche Kindergrundsicherung wäre einfach, solidarisch und gerecht. Sie würde Einkommensarmut von Kindern verhindern. Sie würde Hartz IV für Kinder überflüssig machen“, so Ulrich Schneider bei der Präsentation der Studie.

Download der Expertise unter:
www.paritaet.org



Bei der Pressekonferenz zur Vorstellung der Expertise am 1. August 2019. V.l.n.r.: Gwendolyn Stilling (Presssprecherin beim Paritätischen Gesamtverband), Dr. Andreas Aust (Referent für Sozialpolitik in der Paritätischen Forschungsstelle), Dr. Ulrich Schneider (Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes)



Buchbesprechung

Alexandra David u. a. (Hrsg.): Migration und Arbeit

Herausforderungen, Problemlagen und Gestaltungsinstrumente

Die Arbeitswelt ist ein wichtiger Begegnungsort, an dem Integration vorankommen kann, schreiben die Herausgeberinnen des Sammelbandes „Migration und Arbeit“ zum Einstieg. Die Fluchtmigration der jüngeren Vergangenheit nehmen sie zum Anlass, um den Stand der Arbeitsmarktintegration zu bilanzieren und aktuelle Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Dabei kommen die wissenschaftlichen Erkenntnisse unterschiedlicher Forschungseinrichtungen (auch jenseits des ansonsten dominierenden Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit), so des Instituts für Arbeit und Technik (IAT) der Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen oder des Forschungsinstituts Betriebliche Bildung (f-bb) gGmbH ebenso zum Tragen, wie Expertise aus der Praxis.

Bei der Arbeitsmarktintegration von geflüchteten Menschen geht es nach Auffassung mehrerer Autoren/-innen trotz guter Arbeitsmarkt- und Wirtschaftslage nur langsam und unstrukturiert voran. Jobchancen tun sich hauptsächlich in Branchen und Tätigkeitsfeldern mit schwierigen Arbeitsbedingungen, Routinetätigkeiten und niedriger Bezahlung auf. Die dahinter stehenden individuellen Hemmnisse und v. a. die strukturellen Gründe, etwa im Asyl- und Aufenthaltsrecht oder am Bildungs- und Arbeitsmarkt, werden von den Autor/-innen facettenreich beleuchtet. Ein Strukturversagen hiesiger Institutionen und Regelwerke bilanziert Reiner Siebert (Integrationsbüro im DGB-Haus Duisburg) aus jahrelanger umfassender Praxiserfahrung in seinem Aufsatz. Selbst vergleichsweise gut vorqualifizierte und bildungsaffine Flüchtlinge werden so in einen jahrelangen beruflichen Hürdenlauf oder sogar ins Scheitern geführt.

Das deutsche Bildungs- und Erwerbssystem wird auch von Prof. Dr. Matthias

Knuth (Universität Duisburg-Essen) kritisch gesehen: Es ist für Zugewanderte „strukturell verschlossen“. Die Schließungsmechanismen betreffen in negativer Weise auch Inländer, deren Lebens- und Erwerbsverläufe von der sog. „Normalbiographie“ abweichen. Aus dem Forschungsprojekt „SELMA“ berichtet Dr. Alexandra David über die Besonderheiten und Zugangsbarrieren, die betriebliche Arbeitswelten mit sich bringen. Am Beispiel der Altenpflegebranche zeigt sich etwa das Problem, dass die Diskrepanz zwischen Professionalisierungsansprüchen und tatsächlicher Entlohnung bzw. Karrieremöglichkeiten (auch) interessierten Flüchtlingen nur schwer zu vermitteln sind, weshalb sie schlussfolgert, dass eine ausschließliche berufliche Orientierung auf Mangelberufe für Flüchtlinge zu kurz greift.

Flüchtlinge mit Berufswunsch sind selbst bei passenden Arbeitsbedingungen und Qualifikationen gefordert, ihre berufliche Handlungsfähigkeit (grundlegend) neu zu erschaffen, und zwar mit oder ohne Hilfe, so Prof. Dr. Knuth. Die Maßnahmen der Arbeitsförderung sind zwischenzeitlich mit einer recht hohen Intensität aufgebaut worden, aber so zugeschnitten, dass Frauen nicht erreicht werden. Die Unterstützungsleistungen der Jobcenter sehen einige der Autor/-innen grundlegend kritisch. Im Versuch, mögliche Lösungsansätze zu beschreiben, orientieren sich die Autor/-innen weniger am Bestehenden, sondern bemühen sich um innovative, weitreichendere Vorschläge, wenn sie etwa das Potenzial digitaler Bildungsprogramme für ein Empowerment von Migrant/-innen diskutieren, ein Bundesintegrationsförderungsgesetz oder die Förderung von migrantischem Unternehmertum anregen. Die Beteiligung von Migrant/-innen am Arbeitsmarkt alleine ist keine hinreichende normative Begründung, verdeutlicht Dr. Simon Goebel (IvaF-Netzwerk Bayern). Denn die Ar-



beitsmarktintegration wird je nach Interessenlage und Akteur wahlweise auch zur asylpolitischen Steuerung oder Befriedigung ökonomischer Interessen genutzt.

Die Position des Paritätischen findet bei ihm explizit Anerkennung. Wenn der Zugang zu Sprachförderung und (fairer) Arbeit für Flüchtlinge gefordert wird, geht es letztlich um die Realisierung von Menschenrechten und um die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen an dieser Gesellschaft.

Alexandra David u. a. (Hrsg.):
 „Migration und Arbeit –
 Herausforderungen, Problemlagen und
 Gestaltungsinstrumente“
 Verlag Barbara Budrich GmbH 2019
 415 Seiten
 39,90 Euro



Tina Hofmann ist Referentin für Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik beim Paritätischen Gesamtverband

Mit Sicherheit sozial

Paritätisches Jahresgutachten 2019

Neben dem Armutsbericht ist das Jahresgutachten die wichtige Publikation des Paritätischen, um eine Bestandsaufnahme des sozialen Zusammenhaltes in Deutschland zu unternehmen und Paritätische Vorschläge zur Überwindung sozialer Probleme zu formulieren. Prof. Dr. Rolf Rosenbrock, Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbandes, und Autor Dr. Joachim Rock, präsentierten die Studie Ende August.

Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass eine gute wirtschaftliche Konjunktur längst nicht bei allen ankommt, im Gegenteil. Die soziale Ungleichheit hat zugenommen und es gibt Konfliktlinien zwischen prosperierenden und abgehängten Regionen, zwischen Arm und Reich, Alt und Jung, zwischen den Geschlechtern und zwischen Einheimischen und Zugewanderten. Die Gesellschaft polarisiert sich in „Insider“ und eine größer werdende Zahl an „Outsidern“, für die die Verfügbarkeit des Notwendigsten eben nicht mehr normal ist. Es sind Sorgen, die auch daraus resultieren, dass Staat und Markt in unserem reichen Land bei der Bereitstellung lebensnotwendiger Leistungen an vielen Stellen scheitern: Allein in den 77 deutschen Großstädten fehlen gut 1,9 Millionen bezahlbare Wohnungen. Diese Lücke droht in den nächsten Jahren weiter zu wachsen. Trotz des anerkanntswerten Ausbaus der Kindertagesbetreuung fehlen weiterhin etwa 300.000 Plätze für Kinder unter drei Jahren in Kindertageseinrichtungen. Der Bedarf an stationären Pflegeplätzen ist bei weitem nicht gedeckt, bis 2035 werden voraussichtlich 230.000 Plätze in der stationären Pflege fehlen. Die regionale Daseinsvorsorge, die Erreichbarkeit von Angeboten sozialer Infrastruktur für alle Bevölkerungsgruppen, ist zunehmend gefährdet. Das sind nur vier Beispiele für zentrale Lebensbereiche, in denen die Grundversorgung gefährdet ist, nicht nur für eine Minderheit, sondern für breitere Bevölkerungsgruppen. Das schadet dem sozialen Zusammenhalt, der dadurch buchstäblich brüchig geworden ist. Den daraus resultierenden Fliehkräften wirken in Deutschland Kräfte entgegen, die auf sozialen Zusammen-

halt gerichtet sind. Ihr Beitrag zum sozialen Zusammenhalt wird häufig unterschätzt, obwohl sie für den sozialen Zusammenhalt in Deutschland von grundlegender Bedeutung sind: gemeinnützige Initiativen und Dienste, die in den Bereichen Bildung und Kultur, Sport, Umwelt- und Verbraucherschutz und nicht zuletzt in der Freien Wohlfahrtspflege aktiv sind. Sie tragen gemeinsam maßgeblich dazu bei, die bestehenden Defizite in der sozialen Infrastruktur zu reduzieren zu helfen, indem sie gemeinnützige und betroffenenorientierte Angebote schaffen und damit den sozialen Zusammenhalt stärken – und das in der gesamten Fläche, gerade auch in ländlichen Regionen. Nicht zuletzt sind die gemeinnützigen Wohlfahrtsorganisationen ein wichtiger Akteur am Arbeitsmarkt: sie bieten und schaffen Arbeitsplätze im Bereich der personenbezogenen Dienstleistungen.

Eine besondere Qualität der Dienste und Einrichtungen ist ihre Gemeinnützigkeit. Sie ist die Voraussetzung dafür, dass sich Menschen freiwillig in den Organisationen engagieren, weil sie nicht befürchten müssen, dass ihr Engagement in private Profite umgewandelt wird, und weil die zivilgesellschaftlichen Organisationen Partizipa-

tions- und Gestaltungsmöglichkeiten bieten. Hinzu kommt, dass Mittel, die in gemeinnützige Dienstleistungen investiert werden, anders als bei gewinnorientierten Einrichtungen nicht ausgeschüttet werden, sondern weiter gemeinnützig investiert werden. In der öffentlichen Diskussion um notwendige Grenzen des Gewinnstrebens bei der Versorgung mit Wohnraum ist bereits die Erkenntnis gereift, dass menschliche Grundbedürfnisse und Grundrechte zu wichtig und wertvoll sind, als dass man sie dem Markt überlassen dürfte. Ebenso, wie im Bereich Wohnen gemeinnützige und genossenschaftliche Wohnformen eine gleichermaßen soziale und nachhaltige Alternative zur Sicherung der Lebensgrundlagen der Bevölkerung sind, bieten sich auch im Sozial-, Pflege- und Gesundheitsbereich gemeinnützige Organisationsformen an, um die Bedarfe der Menschen wieder in den Mittelpunkt zu stellen, nicht die Rendite. Das vorliegende Jahresgutachten schärft mit vielen Beispielen den Blick für bestehende Defizite der Sozial-, Gesundheits- und Pflegepolitik und es zeigt Lösungsmöglichkeiten auf. Es gibt einen Überblick über die soziale Situation in Deutschland und es erläutert und kommentiert, was der Gesetzgeber im vergangenen Jahr zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts beigetragen hat. Es will aber auch die Wahrnehmung dafür entwickeln helfen, dass sozialer Zusammenhalt in hohem Maße durch das ehren- und hauptamtliche Engagement in der gemeinnützigen Zivilgesellschaft insgesamt getragen ist.

Das Jahresgutachten finden Sie zum Download auf www.paritaet.org

„Der gesellschaftliche Zusammenhalt wirkt als Bindegewebe: Probleme im Kleinen wie im Großen lassen sich entspannter und kreativer lösen.

Gesellschaften mit starkem sozialen Zusammenhalt sind freundlicher, innovativer und offener. Außerdem bewältigen sie Krisen besser und sind auch für alle Beteiligten gesünder.

Eine Sozialpolitik, die jede und jeden mitnimmt, stärkt den Zusammenhalt; eine Sozialpolitik, die dies versäumt, verstärkt und verschärft soziale Spannungen und Konflikte.“

Prof. Dr. Rolf Rosenbrock



Neues aus dem Projekt #GleichImNetz

Werbematerialien - Webzeugkoffer - Facebook-Gruppe

Von dem ambulanten Pflegedienst in Bremen bis zum inklusiven Jugendzirkus in Hessen, von AIDS-Hilfe bis Volkssolidarität – die ersten 120 Mitgliedsorganisationen des Paritätischen sind inzwischen auf der neuen Profil-Plattform wir-sind-paritaet.de vertreten und vermitteln bereits jetzt einen ersten Eindruck davon, wie vielfältig die Praxis sozialer Arbeit unter dem Dach des Paritätischen aussieht. Wir hoffen, in den kommenden Wochen und Monaten noch viele weitere Mitgliedsorganisationen für die neue Plattform zu begeistern. Das Anlegen eines Profils ist in

wenigen Schritten erledigt, notwendig ist nur eine gültige E-Mail-Adresse zur Registrierung. Mit der Plattform wollen wir einen Ort schaffen, auf dem wir auch online Geschlossenheit präsentieren und ein gemeinsames Zeichen für Paritätische Werte wie Vielfalt, Offenheit und Toleranz setzen können. Für Organisationen, die bisher noch keine eigene Internetpräsenz haben, bieten die Profile einen niedrigschwelligen Webseitenersatz. Für alle anderen vor allem ein großes kollegiales Schaufenster mit großer Reichweite. Wer noch nicht dabei ist, kann sich hier jetzt ein Profil anlegen: www.wir-sind-paritaet.de

Gerne stellen wir auch Materialien zur Bewerbung der Plattform (u.a. Flyer, Postkarten und Sticker) zur Verfügung bspw. für Veranstaltungen oder als Postbeileger. Bei Interesse einfach eine kurze E-Mail an das Projektteam an digikom@paritaet.org

Die Sichtbarkeit sozialer Organisationen im Internet zu steigern, das ist zentrales Ziel des Projekts #GleichImNetz. Alles, was es an Knowhow dazu braucht, Tipps und Tricks zum sicheren Umgang mit sozialen Medien,



Handreichungen, Webinare und mehr – das soll unser neuer Paritätischer „Webzeugkoffer“ enthalten.

Gemeinsam mit den insgesamt 100 Online-Scouts – Paritätierinnen und Paritätier aus ganz Deutschland, die im Rahmen des Projekts gemeinsam daran arbeiten, die digitale Kommunikation im Paritätischen zu stärken – bauen wir aktuell ein entsprechendes Internetangebot auf, auf dem bereits zahlreiche Materialien zu finden sind, und das stetig erweitert wird.

Mehr auf der Projektseite unter: www.paritaet.org/gleichimnetz



Vernetzung: Neue Facebook-Gruppe für alle, die sich dem Paritätischen verbunden fühlen

Im „Paritätischen Wohnzimmer“, einer neuen Facebook-Gruppe, werden Paritätische Themen und Werte besprochen, geteilt, gelebt und nach außen getragen. Das Paritätische Wohnzimmer ist ein vertrauter und gemütlicher Ort zum Diskutieren Paritätischer Werte. Hier nehmen wir uns Zeit fürs Wesentliche, alle kleinen und großen Themen finden hier ihren Platz. Das Paritätische Wohnzimmer ist aber auch ein Aktionsraum, um gemeinsam in den sozialen Medien aktiv zu werden und unter dem Hashtag #GleichImNetz Debatten im Netz aufzumischen, Solidarität zu zeigen, Kampagnen zu streuen und für Aktionen zu mobilisieren.



Das Paritätische Wohnzimmer ist ein kollegialer Ort, an dem man sich vernetzt, unterstützt und Kolleg*innen in ganz Deutschland um Rat und nach Tipps und Tricks fragen kann. Es ist ein großer Contentpool mit lauter Erfolgsgeschichten aus der Arbeitspraxis. Das Paritätische Wohnzimmer ist ein vertrauter und gemütlicher Ort, zu dem alle eingeladen sind. Die Gruppe wird moderiert von haupt- und ehrenamtlichen Paritätier*innen, die als Online-Scouts Teil des Projektes #GleichImNetz sind.

Jetzt beitreten: fb.com/groups/gleichimnetz/

Digitalisierung im kaufmännischen Bereich

Digitalisierung – der Begriff in aller Munde, das Thema, welches bewegt und verändert, die Frage, ob es sich hierbei um Fluch oder Segen handelt. Die Digitalisierung verändert auch den kaufmännischen Bereich. Doch Digitalisierung wird meist gleichgesetzt mit Umbruch, Unsicherheit, Wandel – hier gilt es Vorurteile und Ängste abzubauen. Denn es geht vielmehr um prozessorientiertes Arbeiten und Chancen.

Damit die digital vernetzte Arbeitswelt Wirklichkeit wird, muss das bisherige Denken in Abteilungsgrenzen überwunden werden. Beschäftigte und Organisationseinheiten müssen stärker miteinander vernetzt werden. Die Zusammenarbeit und Kommunikation in unterschiedlich zusammengesetzten Teams führt zu einem fruchtbaren Wissensaustausch, von dem alle Beteiligten profitieren. Wichtig ist, Mitarbeiter*innen frühzeitig an ihre neuen Rollen heranzuführen. Denn ab nun gilt: „Digital First“, also Digital vor Papier. Dabei können Entscheidungen getroffen, die nicht immer einfach sind. Sensibel muss abgewogen werden, und welches Know-how man in eigenen Händen behalten und was man auslagern muss. Die Arbeitsplätze verändern sich in diesem Zusammenhang deutlich. Auch ist es zweifelsohne eine Herausforderung, alle Mitarbeitenden auf dem Weg der Digitalisierung mitzunehmen, zu begeistern und zu fördern.

Diese neue Büroorganisation kann den Mitarbeitenden nicht nur Platz, sondern auch mehr Lebensqualität bieten. Im Ringen um die Fachkräfte muss man den Mitarbeitenden ein Umfeld bieten, in dem sie sich wohl fühlen und besser an das Unternehmen gebunden werden.

Das „papierlose Büro“ könnte in Unternehmen das nahe Ziel sein. Der Posteingang im Unternehmen ist sofort digitalisierbar und kann über über programmierte Workflows gesteuert werden. Papier ade!

Im Bereich der Personalverwaltung sind der elektronische Gehaltszettel,

die elektronische Beantragung von Fehlzeiten (insbesondere Urlaub), die elektronische Abrechnung von Reisekosten, das Bewerbermanagement und die elektronische Personalakte nur beispielhaft im Zusammenhang mit der Digitalisierung von Prozessen. Keine Massen an Akten und Papieren, hohe Beschleunigung und kurze Reaktionszeiten zeichnen diese Prozessänderungen aus. Insbesondere für die Mitarbeitenden bietet sich damit die Möglichkeiten, die Urlaubsplanung zu Hause auf der Couch zu realisieren und die Lohnsteuerbescheinigung für die Steuererklärung von zu Hause aus abzurufen. Bewerbungsunterlagen nicht elektronisch zu versenden, ist für Bewerber kaum noch vorstellbar.

Das alles ist nur möglich mit der entsprechenden EDV-Ausstattung, sei es hardware-, als auch softwareseitig und den datenschutzkonformen Zugriffsrechten. WLAN-Netze in den Unternehmen ermöglichen den Mitarbeitenden die uneingeschränkte Nutzung ihrer elektronischen Akten, Systeme, Programme, egal wo sie sich befinden: Meeting, Absprache, Jour Fixe, Spontan-Sitzung. Alle Daten sind überall abrufbar und bearbeitbar. Auch von Extern funktioniert dies, sofern entsprechende Unternehmenszugänge, beispielsweise über VPN, vorhanden sind. Keine Dienstreise mehr mit Massen an Akten, Vielzahl von Koffern und Rückenschmerzen. Das einzige notwendige Utensil: der vollumfänglich funktionierende Laptop.

Was für den einen die große Innovation ist, ist für den anderen bereits seit vielen Jahren gelebter Alltag. Un-



ternehmen starten per dato an unterschiedlichen unternehmensinternen Prozess- und Entwicklungsständen mit der Digitalisierung, wobei auch die Umstellung auf Digitalisierung immer an die Größe des Unternehmens anzupassen ist. Digitalisierung ist keine Frage der Generation. Insbesondere die „Generation Y“, die ihre Teenagerzeit zur Jahrtausendwende erlebt hat und von Kindesbeinen an mit digitalen Medien aufgewachsen ist, wird „Generation der digitalen Kommunikation“ bezeichnet. Wer allerdings den älteren Mitarbeitenden den Einstieg in die digitalen Prozesse erleichtert, wird sowohl „Generation Y“, als auch „Babyboomer“ gleichermaßen für derartige Veränderungen begeistern können. Und dennoch gilt: Digitalisierung ersetzt nicht Kommunikation.

Auch wenn man derzeit mit seinem kaufmännischen Bereich auf dem „Ast des Erfolges“ sitzt, sollte man eins nicht vergessen: Wer sich auf den alten Erfolgen ausruht, bedroht seine Zukunft, weil dann andere Fähigkeiten gefragt sein werden als die, die ihn einst erfolgreich gemacht haben.

Corinne Laudan
ist kaufmännische Leiterin
beim Paritätischen
Wohlfahrtsverband Thüringen

Frisch gedruckt

Neue Publikationen beim Paritätischen



Umsetzung des „Positionspapiers zu Rechtsextremismus und Politik der AfD“, insbesondere in Wahlkampfzeiten

In der Positionierung des Paritätischen zu Rechtsextremismus und Politik der AfD hat sich der Verband klar positioniert: Festgehalten wurde u.a., dass der Paritätische den Positionen der AfD und ihrer Vertreter*innen klar und offen widerspricht, wenn sie sich gegen die Grundsätze des Paritätischen stellen und dass der Verband die AfD und ihre Vertreter*innen nicht zu eigenen Veranstaltungen einlädt und ihnen keine Diskussionsplattform bietet. Insbesondere im Vorfeld von Wahlen in Kommunen, Ländern und zum Bundestag trifft die Umsetzung dieses Beschlusses in der Praxis auf Nachfragen, gelegentlich auf Kritik – sei es durch Kooperationspartner*innen, Mitglied-organisationen, Klient*innen, Mitarbeiter*innen und natürlich auch Vertreter*innen der AfD selbst. Die Broschüre soll dabei helfen, durch diese schwierige Situation zu kommen.



Pflegebedürftig - Was tun?

Mit dieser Broschüre möchten wir Ihnen einiges „Handwerkszeug“ geben, wie Sie und Ihre Angehörigen mit dieser Situation umgehen können. Wie kann ich mich möglichst lange selbst versorgen? Was ist möglich, wenn ich etwa nach einem Sturz oder Schlaganfall nicht mehr so viel kann wie vorher? Wenn ich fremde Hilfe brauche – wie kann ich dennoch eigenständig bleiben und meine Würde behalten? Ich will als Pflegebedürftiger meine Angehörigen nicht zu sehr belasten – wie schaffen wir das? Was Sie noch in dieser Broschüre finden: einen „Markt der Möglichkeiten“ – Leistungen der gesetzlichen Pflege-Versicherung – zusätzliche Sozialhilfe für Pflegebedürftige – was Sie selbst bezahlen müssen. Sie erfahren, was alles zur Pflege gehört, und wo sie geleistet wird – zu Hause oder in einer Einrichtung. Sie finden viele Hinweise auf Beratung und weitere Informationen sowie ein ausführliches Stichwort-Verzeichnis.

Wenn erst mal alles anders ist

„Wenn erstmal alles anders ist“ heißt eine neue Broschüre der Aktion Mensch, die sich gezielt an (werdende) Eltern von Kindern mit Behinderung oder einer chronischen Erkrankung wendet. Die Broschüre bündelt umfassende Sachinformationen, Tipps von Experten sowie Erfahrungen von Familien, die diese Situation bereits gemeistert haben. Viele Eltern fühlen sich überfordert und hilflos, wenn sie erfahren, dass sich ihr Kind anders entwickelt als die Norm. Ein umfassendes Informationsangebot für diese erste Zeit hat bisher gefehlt. Mit der Broschüre schließt die Aktion Mensch diese Lücke. Auf 48 Seiten finden Eltern hier Antworten auf Fragen, die sie in dieser Zeit beschäftigen: neben Tipps zur Bewältigung des Alltags sowie Informationen, wie Eltern zu ihrem Recht kommen auch Adressen zu Beratungs- und Anlaufstellen. Über ein zugehöriges Webangebot können Eltern auch auf crossmedial aufbereitete Informationen zugreifen, weitere Materialien herunterladen und bestellen. Die Broschüre und das Webangebot ist in Zusammenarbeit mit dem Bundesverband für Körper- und mehrfachbehinderte Menschen (bvkm) entstanden.

Sie finden das Angebot auch als Download unter www.familienratgeber.de/elterninfo



Diese und weitere Publikationen des Paritätischen zum Download auf: www.parityet.org/publikation

Vorsitzender trifft Bundeskanzlerin



Am 12. Juni 2019 empfing Bundeskanzlerin Angela Merkel zum jährlichen Spitzengespräch der Wohlfahrtspflege deren Vertreter*innen.

Zu den besprochenen Themen gehörten die Digitalisierung, gleichwertige Lebensverhältnisse sowie die finanzielle Ausstattung der Freien Wohlfahrtspflege.

Geladen waren:

Oben (v.l.n.r.): Prälat Dr. Peter Neher

(Caritas-Präsident), Pfr. Ulrich Lilie (Diakonie-Präsident), Dr. Gerhard Timm (Geschäftsführer der BAGFW), Prof. Dr. Rolf Rosenbrock (Vorsitzender Paritätischer Gesamtverband), Abraham Lehrer, (ZWSt-Präsident) Unten (v.l.n.r.): Brigitte Döcker (AWO), Angela Merkel und Gerda Hasselfeldt, (Präsidentin DRK und z.Zt. Präsidentin der BAGFW).

Weiter #unteilbar Paritätisch



Als im vergangenen Spätsommer 250.000 Menschen in Berlin unter dem Motto „Un-teil-bar“ gegen Rassismus und Ausgrenzung in Berlin auf die Straße gingen, war der Paritätische Wohlfahrtsverband natürlich mit dabei. Auch bei der Demonstration Ende August in Dresden für Solidarität statt Ausgrenzung war der Verband mit eigenem Block „Soziales in Vielfalt“ vertreten. Hier zu sehen ist Wiebke Schröder, Referentin für zivilgesellschaftliches Engagement beim Paritätischen gemeinsam mit Schauspielerinnen Corinna Harfouch, bei einer Mobilisierungsveranstaltung im Vorfeld.



Professionelle Unternehmensplanung und Steuerung mit Xview®

Mit Xview® haben wir eine leistungsfähige Business Intelligence Software – ausschließlich für den Einsatz in sozialen Einrichtungen – entwickelt. Xview® bietet Ihnen eine optimale Basis für die Steuerung und Analyse Ihrer Einrichtungen. Flexible Unternehmens- und Berichtsstrukturen ermöglichen 1:1 die Umsetzung Ihres Unternehmens.

Zentrale oder dezentrale Budgetplanungen und aktives Forecasting sind essentiell, individuelle Management-Cockpits bieten optimale Unterstützung für die Unternehmensleitung und lassen sich über ein dediziertes Berechtigungskonzept steuern.

Rollierende Finanzplanungen mit Darlehensverwaltung und Darlehensübersichten, Investitionsplanungen, Unternehmens- und Betriebsvergleiche, ein intuitiv bedienbares Kennzahlcockpit und professionelle Reportingmöglichkeiten mit Berichtsmappen und „One-Klick-Option“ runden das Leistungsspektrum von Xview® ab.

Mehr Transparenz bei den Personalkosten?

Xview® ermöglicht Ihnen durch die Integration Ihrer Personaldaten detaillierte Analysen und Planungen auch auf Mitarbeiterenebene. Erstellen Sie komfortabel Ihre Statistiken, Stellenpläne und Übersichten.

Get started ...



Ungenbachstraße 7
63826 Geiselbach/Aschaffenburg
Telefon 06024/63928-0
info@controlling-and-more.com
www.controlling-and-more.com

EQ-Fächer für die Pflege erschienen

Ab dem 01.10.2019 müssen alle stationären Pflegeeinrichtungen ihre Qualität bewerten. Dabei geht es – und das ist neu – um die tatsächlich erbrachte Pflegequalität für die Bewohner.

Da tauchen Fragen auf: Was kommt damit auf die Pflegeeinrichtungen zu? Was müssen wir tun? Welche Indikatoren werden bewertet?

Sie werden für jeden Ihrer Bewohner eine Datenerfassung durchführen, die von der Datenauswertungsstelle (DAS) ausgewertet wird. Anschließend werden die Ergebnisse publiziert und jede Pflegeeinrichtung erfährt, wie sie bei den einzelnen Qualitätsindikatoren im Vergleich zur durchschnittlichen Pflegeeinrichtung abschneidet.

Der neue EQ-Fächer ist Ihre Ausfüllhilfe für die Ergebniserfassung. Sie erfahren mit diesem neuen Fächer, was auszufüllen ist und was es mit den einzelnen Abfragen auf sich hat. Anhand von Beispielen werden alle Angaben praxisnah erläutert.

Bereiten Sie sich und Ihre Pflegekräfte mit dem Fächer jetzt vor!



Paritätische Mitgliedseinrichtungen erhalten einen Rabatt beim Kauf und zahlen 17,95 € statt 19,95 €! Alle Bestellmöglichkeiten finden Sie unter: <https://kurzelinks.de/4vuo>

9. bis 13. Dezember 2019 in Berlin

Lehrgang und Prüfung Auditor/-in PQ-System®

Der 5-tägige Zertifikatslehrgang bereitet Sie praxisorientiert auf die Tätigkeit als Auditor/in für Managementsysteme vor. Dafür lernen Sie die Methoden und Techniken kennen. Sie trainieren das Auditieren intensiv in thematischen Übungen. Die Voraussetzungen für diese Qualifizierung sind erste praktische Erfahrungen im Qualitätsmanagement und die Abschlüsse der QM-Fachpersonalausbildung Qualitätsmanagement-Beauftragte/r bzw. Qualitätsmanagement-Manager. Die Inhalte und Umfang des Lehrgangs orientieren sich an den Kriterien des Leitfadens zur Zertifizierung von QM-Fachpersonal des Verbandes der akkreditierten Zertifizierungsgesellschaften e.V. (VAZ) und der Europäischen Organisation für Qualität (EOQ).

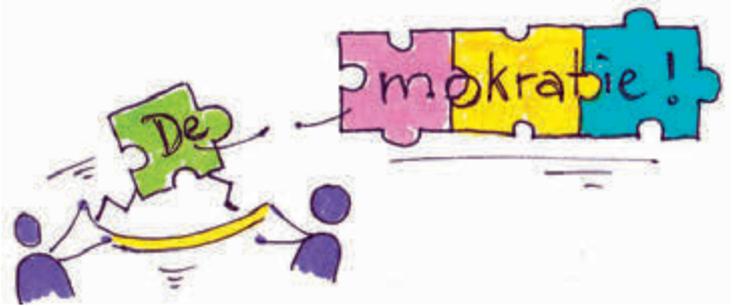
Am 13. Dezember erfolgt die Prüfung. Alle Informationen unter „Veranstaltungen“ auf www.paritaet.org

Partizipation und Demokratiebildung in der Kindertagesbetreuung

Kindertageseinrichtungen sind Orte, an denen die meisten Kinder erstmalig mit gesellschaftlichen Regeln und veränderten Machtverhältnissen in Berührung kommen. Die Kindertagesbetreuung bietet damit vielfältige Möglichkeiten, Demokratie erfahrbar und erlebbar zu machen.

Das Angebot „Partizipation und Demokratiebildung in der Kindertagesbetreuung“ des Paritätischen Gesamtverbandes richtet sich vor allem an die Fachkräfte der Kindertagesbetreuung. Konkret geht es darum, die Kompetenzen von Fachkräften im Bereich Demokratieförderung und -bildung zu stärken. Dazu gehören die Partizipation von Kindern, Beschwerdemöglichkeiten für Kinder und die Kinderrechte. Ziel ist es, Qualifizierungsinstrumente zu entwickeln, welche die Fachkräfte unterstützen. Ein dokumentarischer

Kurzfilm zeigt beispielhaft, wie Beteiligung von Kindern im Kita-Alltag umgesetzt werden kann. In einer Mediathek kommen Expert*innen in kurzen Video-Clips zu Wort. Ein Online-Glossar, das sogenannte „ABC der Beteiligung“ beinhaltet aktuell ca. 50 Begriffe aus dem Themenfeld „Demokratie und Vielfalt in der Kindertagesbetreuung“ und erklärt auf verständliche Weise, was sich hinter Begriffen wie Adultismus, Beschwerdeverfahren und Geschlechtergerechtigkeit verbirgt. Die Arbeitshilfen geben Hilfestellung und Impulse für die Erarbeitung eines Partizipationskonzepts für Kindertageseinrichtungen, für Be-



schwerdeverfahren und zur Partizipation von sehr jungen Kindern. Außerdem gibt es zahlreiche Literatur- und Materialhinweise sowie Dokumentationen verschiedener Workshops und Fachveranstaltungen.

Das Angebot wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms Demokratie leben!

Alle Informationen auf kita.paritaet.org

Einkaufsvorteile nutzen

Details zu unseren 160 Rahmenvertrags-Partnern, bei denen Sie Rabatte erhalten, finden Sie im Einkaufsportale unter www.der-paritaetische.de/einkauf. Folgende neue Partner konnten dazu gewonnen werden:

Mit **Mercedes-Benz** wurde ein neuer Rahmenvertrag abgeschlossen, der attraktive Sonderkonditionen beim Fahrzeugkauf und Leasing für Einrichtungen bietet. Das Angebot umfasst die Sparten Pkw, smart, Transporter und Lkw.

Vor über einem Jahr wurde die DSGVO wirksam und jede Organisation muss sich zwingend damit auseinandersetzen. Unser neuer Partner **dsXprt** ist Spezialist für Datenschutz im Sozial- und Gesundheitsbereich und berät Sie gerne.

Bei einem Kauf im **Samsung** Kunden Shop erhalten Sie Rabatt auf den regulären Shop-Preis. Neben dem Rabatt können Sie bei dem Kauf von Geräten oder Zubehör sicher sein, Originalprodukte zu erhalten.

Lesen Sie im Einkaufsportale auch unsere **Expertentipps**:

- **Document Management System** – Expertentipp der Firma **BS Concepts** zur Auswahl eines DMS in Vereinen und Verbänden
- Wie Sie Lücken im Internen Kontrollsystem (**IKS**) erfolgreich verhindern können, verrät Ihnen **Tasco** und gibt einfach anwendbare und kostengünstige Tipps
- **CareCity** von standard systeme ist eine Stadt, die Dienstleistungen im Gesundheits- und Sozialwesen miteinander vernetzt und digitale Lösungen und Expertenwissen bündelt.
- Was **Smart Meter** sind und welche Vorteile sie bieten beantwortet Ihnen das **Hanseatisches Energiekontor GmbH**

Online finden Sie auch viele **Sonderaktionen**:

- **PflegehilfeSet**: hochwertige Pflegehilfsmittel, Abrechnung und Übernahme der Formalitäten mit der Pflegekasse werden übernommen
- **Geld-zurück-Garantie** und Einsparungsgarantie von 5 - 10 % auf die



Energieeffizienz-Anlage EMU® Ecovolt® der **Plus GmbH**

- Jetzt auch Rabatte auf **Festivals** auf unserer Paritätischen Eventplattform von **ticketsprinter**
- Stellenanzeigen-Aktion bis 31.12.2019 bei **meinstadt.de**
- **KFZ-Aktionen**: Opel Corsa, Renault Clio, Nissan Leaf, Mazda CX-5, Audi A3, Audi A1, Q3 und A4 Avant

Für Rückfragen stehen Ihnen Karsten Härle und Rebecca Neuparth unter einkauf@paritaet.org gerne zur Verfügung. Sie finden uns nun auch auf Instagram: [instagram.com/pari_spar](https://www.instagram.com/pari_spar)

Paritätischer tagte zu Schulassistenz

Kinder und Jugendliche mit Behinderungen wollen lernen wie Kinder und Jugendliche ohne Behinderungen. Durch die Ratifizierung des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen der Vereinten Nationen hat sich Deutschland bereits vor 10 Jahren verpflichtet für Schüler*innen mit Behinderungen den diskriminierungsfreien Zugang zu einem inklusiven, hochwertigen und unentgeltlichen Bildungssystem auf allen Ebenen zu sichern. Dieses Recht ist anzuwenden und darf Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen nicht verwehrt werden. Die Schulassistenz hat sich in den letzten Jahren zunehmend verstetigt, aber es gibt weiter Handlungsbedarf, bei-

spielsweise weil das Thema Ländersache ist. Deshalb veranstaltete der Verband am 4. Juli 2019 eine Fachtagung zum Thema, um sich mit Akteur*innen zu diesem Thema auszutauschen und zu diskutieren, wie weiter im Sinne der Schüler*innen vorgegangen werden kann.

Joachim Hagelskamp (rechts im Bild), Bereichsleiter der Abteilung Gesundheit, Teilhabe und Dienstleistungen präsentierte die Broschüre „Schulassistenz gestalten“, welche beim Paritätischen erhältlich ist.





Termine, Termine, Termine...

Paritätische Veranstaltungen



23. September 2019 in Berlin

Fachgespräch: Chancen der Digitalisierung in der Notfallversorgung nutzen!

Digitalisierung verändert nicht nur das Privatleben, sondern auch die Arbeitswelt und das Gesundheitswesen. Und auch im Rettungswesen und der Notfallversorgung bestehen durch die Digitalisierung zunehmend neue Möglichkeiten. Welche innovativen Angebote sind in Deutschland bereits erfolgreich erprobt worden? Wie kann es gelingen, diese digitalen Innovationen in der Notfallrettung bundesweit zu etablieren? Wo steht die Bundesrepublik im internationalen Vergleich? Welche politischen Maßnahmen sind erforderlich? Über diese Fragen und die Reform der Notfallversorgung durch das Bundesministerium für Gesundheit möchten wir mit unseren Gästen diskutieren.

Wo?
Centre Monbijou
Oranienburger Str. 13-14
10178 Berlin
gesundheit@paritaet.org

25. bis 27. September 2019 in Berlin

„Schulungen zum Thema Flucht und Asyl gestalten - eine Train-the-Trainer-Fortbildung“

Die Fortbildung ist als Train-the-Trainer-Fortbildung konzipiert und richtet sich an Referent*innen aus Paritätischen Landesverbänden sowie Mitarbeiter*innen von Beratungsstellen aus Mitgliedsorganisationen, die bereits gute Kenntnisse im Themenfeld Asyl- und Sozialrecht haben und

zukünftig als Fortbildner*innen tätig sein wollen. Vorkenntnisse in der Bildungsarbeit sind nicht zwingend, erste Erfahrungen in der Durchführung von Schulungen sind jedoch vorteilhaft.

Mittlerweile gibt es diverse Expert*innen, die ihr Wissen und Knowhow zu Zahlen, Fakten, Abläufen und rechtlichen Paragraphen in Tagesseminaren und Fortbildungsreihen an andere weitergeben. Dieses Wissen in einer ansprechenden und lernfreundlichen Form weiterzugeben, bleibt jedoch häufig eine Herausforderung.

Dies ist eine verbandsinterne Veranstaltung. Sie richtet sich an eine eingegrenzte Teilnehmerschaft. Eine allgemeine, öffentliche Anmeldung zu dieser Veranstaltung ist nicht möglich.

Wo?
Centre Monbijou
Oranienburger Str. 13-14
10178 Berlin
constanze.reichstein@paritaet.org

16. September 2019 in Berlin

Fachberatung als Motor der Professionalisierung?!

Ein Fachgespräch des Paritätischen Gesamtverbandes über aktuelle Entwicklungen in der Kindertagesbetreuung

Unter geeigneten Rahmenbedingungen kann Fachberatung einen entscheidenden Unterschied machen und erheblich zur Professionalisierung des gesamten Feldes der Kindertagesbetreuung beitragen.

Das gilt besonders unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Herausforderungen sozialer Ungleichheit und demokratiefeindlicher Einstellungen

in Teilen der Elternschaft. Gleichzeitig wachsen die Erwartungen an die Professionalität in der Kindertagesbetreuung in gleichem Maße wie die Aufgaben in verschiedenen Bildungsbereichen.

Vor diesem Hintergrund sieht es der Paritätische Gesamtverband als notwendig an, den Austausch über die unterschiedlichen Arbeitsbedingungen und Entwicklungen im Bereich der Fachberatung anzuregen um Verbesserungen in der Bundes- und Landespolitik zu erreichen.

Wo?
Dietrich-Bonhoeffer-Haus
Ziegelstraße 30
10117 Berlin
kifa@paritaet.org

18. bis 19. Oktober 2019 in Potsdam

Orte gelebter Demokratie: Von der Kindertagesbetreuung bis zur Grundschule

Demokratie entsteht nicht von allein, sie ist auch nicht vererbbar. Sie muss früh erlernt und erfahren werden. Erste Orte für diese Erfahrungen außerhalb der Familie sind Angebote der Kindertagesbetreuung.

Mit dem Workshop wollen die Veranstalter ein Resümee über das auslaufende Projekt ziehen.

Wo?
BlauArt Tagungshaus
Werderscher Damm 8
14471 Potsdam.

Informationen und Anmeldungen zu diesen und weiteren Veranstaltungen finden Sie unter www.paritaet.org

Aktionstage Gefängnis

Das Bündnis Aktionstage Gefängnis führt unter dem Titel **Herausforderung Gesundheit hinter Gittern** bundesweite Aktionstage vom 1. - 10. November durch. Es will auf die gesundheitliche Versorgung von Gefangenen aufmerksam machen, die Öffentlichkeit informieren und zum Themenkomplex Gefängnis und Gesundheit sensibilisieren.

Insbesondere will es auf physische und psychische Erkrankungen der Inhaftierten bis hin zu den seelischen Belastungen von Familienangehörigen, vor allem von Kindern, hinweisen und lädt alle Interessierten ein, mitzumachen. Themen wie Gesundheitsförderung, Prävention, Drogenbehandlung, Versi-

cherungsschutz oder Gefängnisarchitektur zählen dazu. Ausstellungen können organisiert, Podiumsdiskussionen veranstaltet, Filme gezeigt und anschließend diskutiert, Gefangene besucht oder mit ihnen Informationsveranstaltungen durchgeführt wie auch Konzerte oder Straßenaktionen realisiert werden. Weitere Ideen sind sehr willkommen!

„Kriminell und im Krankenhaus. Da vergisst man leicht, dass man eigentlich ein Mensch ist.“ So formulierte ein Berliner Strafgefangener seine Erfahrungen im vergangenen Jahr.

Weitere Informationen unter:
www.aktionstage-gefaengnis.de



Bildnachweise

Seite 5: Foto von rawpixel.com von Pexels

Seite 6: Gisele Bankundiye /HI

Seite 7: Neil Thomas/HI

Seite 18-19: © arche noVa

Seite 20: Bild von Isaac Fryxelius von Pixabay

Seite 29: Text Laudan: Foto von rawpixel.com von Pexels

Seite 31: Bundesregierung / Guido Bergmann

Seite 33: tunedin - Fotolia.com/Icon

Alle hier nicht aufgeführten Bilder sind entweder privat zur Verfügung gestellt oder die Bildrechte liegen beim Paritätischen Gesamtverband.

Impressum

DER PARITÄTISCHE

Magazin des PARITÄTISCHEN
 ISSN-1866-1718
 Telefon: 030/24636-0 · Fax: -110
 Internet: www.der-paritaetische.de
 Facebook: www.facebook.com/paritaet/
 Twitter: @Paritaet
 Instagram: [instagram.com/paritaet/](https://www.instagram.com/paritaet/)
 E-Mail: redaktion@paritaet.org
Verantwortlich: Dr. Ulrich Schneider

Redaktion:
 Gwendolyn Stilling (Leitung),
 Tel.: 030/24636-305
 Philipp Meinert,
 Tel. 030/24636-339

Verantwortlich für die Landesseiten:
 Brandenburg: Andreas Kaczynski,
 Tel.: 0331/28497-0
 Bremen: Anke Teebken, Tel.: 0421/79199-0
 Hessen: Dr. Yasmin Alinaghi,
 Tel.: 069/95526220
 Mecklenburg-Vorpommern:
 Christina Hömke, Tel.: 0385/59221-0
 Thüringen: Stefan Werner, Tel.: 036202/26-200
 Für Berichte, die mit dem Namen des*der Verfasser*in gekennzeichnet sind, trägt diese*r die Verantwortung. Nachdruck nur mit Erlaubnis der Redaktion.
 Redaktionsschluss: 6 Wochen vor Erscheinen.

Anschrift von Herausgeber, Redaktion, und Vertrieb:
 Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
 – Gesamtverband e.V.,
 Oranienburger Straße 13-14, 10178 Berlin

Anzeigenverwaltung:
 MD Medien Dienste GmbH
 Baumweg 19, 60316 Frankfurt am Main

Druck: Henrich Druck + Medien GmbH,
 Schwanheimer Straße 110,
 60528 Frankfurt am Main

Erscheinungsweise: 6 x pro Jahr





WIR SIND VIELE WIR SIND ONLINE UND WIR ZEIGEN ES!

Die neue Profilplattform des Paritätischen ist im Netz! Ob kleine Initiative oder große überregionale Organisation hier finden alle Platz, setzen ein Zeichen und zeigen Profil. Unsere Plattform veranschaulicht nicht nur die Breite und Vielfalt unseres Netzwerks, sondern auch die große Menge der Aktivitäten Paritätischer Mitgliedsorganisationen. Mit dem Motto „wir sind viele und wir zeigen es, wir sind Parität!“ setzen wir uns gemeinsam ein für unsere Werte Vielfalt, Offenheit und Toleranz. Hierfür auch im Internet Geschlossenheit zu zeigen ist wichtiger denn je. Interesse geweckt? Dann gleich mal unter wir-sind-paritaet.de reinschauen!